

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 144 · 13. JAHRGANG · AUSGABE 1/2007 · VOM 12. JANUAR 2007 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Bürger contra
Sondermüllverbrennung**
Unterlagen liegen zur Einsicht aus

7-8 | **»... und schon
war der Barnt ab«**
Eberswalder Montagsdemo

12-13 | **Das Kriegsziel
wurde erreicht**
»Krieg gegen den Terror« in Somalia

Vier Menschen sind eine Versammlung

Willkür im Auftrag der Kreisverwaltung gegen Proteste für den Erhalt der Allee Rüdnitz-Daneberg-L29

Rüdnitz (bbp). Aus Protest gegen die geplante Rodung einer der schönsten und weitgehend intakten Ahornalleen im Land Brandenburg haben Aktivistinnen der Umweltorganisationen ROBIN WOOD und der GRÜNEN-LIGA Brandenburg am 2. Januar 2007 vier Alleebäume an der Danewitzer Straße in Rüdnitz besetzt. Sie fordern den Erhalt der über 700 vitalen Alleebäume. Mit ihrer Aktion setzten die Umweltschützerinnen die am 12. Dezember durchgeführte Baumbesetzungsaktion der Forstwirtin Katharina Tomaschek fort.

Am 12. Dezember war Katharina Tomaschek von den Ordnungskräften des Landkreises unter der Drohung, sie müsse den Feuerwehrein satz zur Räumung des Baumes aus ihrer Tasche bezahlen, nach vier Stunden zum Abbruch der Aktion genötigt worden.

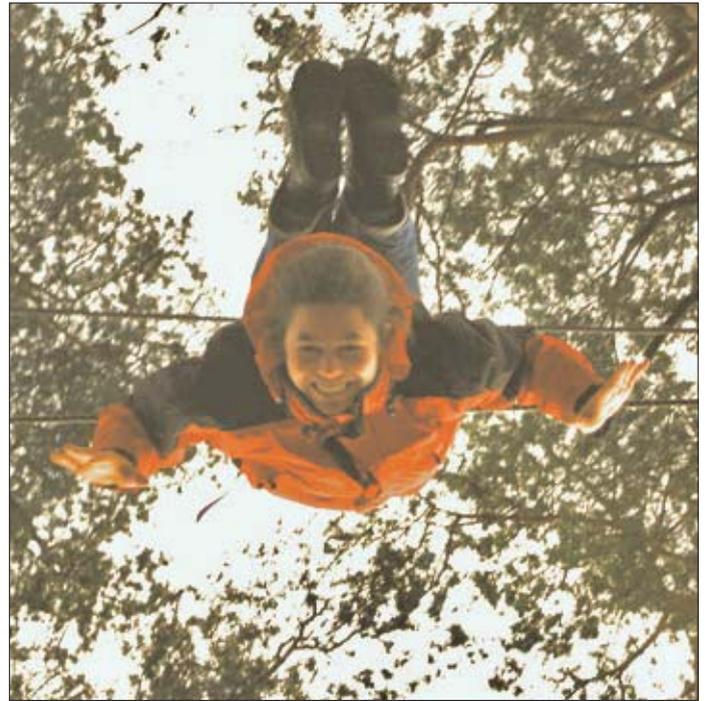
Am 2. Januar hatte sie sich professionelle Unterstützung mitgebracht. Von einer »Gefährdung des Straßenverkehrs« konnte diesmal keine Rede sein. Die Besetzerinnen hatten entsprechende Sicherungsmittel dabei und die angebrachten Transparente in acht Meter Höhe befanden sich weit außerhalb des Lichttraumprofils. Der Verkehr wurde vielmehr durch das Großaufgebot der Polizei und der Feuerwehr Bernau erheblich beeinträchtigt.

Die Bemühungen um Deeskalation durch die Barnimer Polizei und ihrer Kollegen von der Bereitschaftspolizei aus Oranienburg wurden im Nachhinein von den Baumbesetzerinnen sehr positiv hervorgehoben. »Es mutete zwar für alle Augen- und Ohrenzeugen etwas seltsam an«, heißt es dazu im Barnimblog (www.bar-blog.de), »daß sich die Einsatzleiter lange nicht darüber einigen konnten, ob nun durch die vier Kletterinnen und die Transparente eine Gefährdung des Straßenverkehrs oder irgendeiner Ordnung vorliegt.« Doch der Auftrag war klar. Die Protestaktion mußte beendet werden. Die Einsatzleiter erklärten schließlich die Aktion zu einer nicht angemeldeten Versammlung, die laut Versammlungsrecht aufzulösen sei.

»Bleibt festzuhalten«, resümiert der Beitrag im Barnimblog, »wenn vier Leute auf vier Bäume klettern möchten, die insgesamt einige hundert Meter

voneinander entfernt sind, so ist das in Brandenburg eine Versammlung, die angemeldet werden muß. Sonst wird geräumt. Ob die Aktion im Umkehrschluß bei ordentlicher Anmeldung als Versammlung unter dem Schutz und der Obhut der Polizei gestanden hätte?«

Seiten 2 und 3



Katharina Tomaschek beim Training für die Baumbesetzung gegen die beabsichtigte Abholzung der Allee an der K6005 bei Rüdnitz und Danewitz.

Kein Nazi-Zentrum in Delmenhorst

Delmenhorst (bbp). Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Delmenhorst haben es geschafft. Die Partnerstadt Eberswaldes hat das Hotel, in dem der Neonazi Jürgen Rieger ein Schulungszentrum der rechten Szene etablieren wollte, für rund drei Millionen Euro gekauft. Darunter sind mehr als 937.000 Euro, die Menschen aus Delmenhorst und der ganzen Bundesrepublik spendet haben, um das Neonazi-Zentrum in Delmenhorst zu verhindern. Fast 10.000 Menschen hatten auf der Internetseite www.fuer-delmenhorst.de ihre Unterstützung ausgesprochen, davon etwa 6.000 mit ihrem Namen.

Auch Eberswalder Bürgerinnen und Bürger haben sich an der Aktion beteiligt. Nachdem die »Barnimer Bürgerpost« in ihrer August-Ausgabe unter der Überschrift »In Delmenhorst ist der Teufel los« über den Hilferuf aus Delmenhorst informiert hatte, beteiligte sich auch die Eberswalder Stadtverwaltung an der Aktion gegen das Nazizentrum.

Gericht entscheidet noch im Januar

Rüdnitz/Danewitz (bbp). Nachdem der Vergabeausschuß des Kreises am 18. Dezember 27. Dezember 2006 der beabsichtigten Fällung der Rüdritzer Allee zugestimmt hatte, wurde bereits am 27. Dezember die Ausschreibung zur Fällung/Rodung von 674 Bäumen im ausschreibungsblatt des Landes Brandenburg unter der Rubrik: Ziffer 76933, Fällungen Alleebäume, öffentliche Ausschreibung, Vergabe-Nr. 07/07/Ö, Danewitz, veröffentlicht. Im Gegenzug beantragte die Grüne Liga Brandenburg vorläufigen Rechtsschutz gegen die beabsichtigte Fällung. Der Landkreis hat gegenüber dem Gericht zugesichert, daß bis zur erstinstanzlichen Entscheidung nicht gefällt wird. Der verantwortliche Richter kündigte an, daß er beim Vorliegen von Anzeichen für Fällungen sofort eine Zwischenverfügung erlassen werde. Bis zum 5. bzw. 11. Januar hatten die Kreisverwaltung und das Landesumweltamt Gelegenheit zur Er widerung. Die zuständige Kammer will noch im Januar entscheiden.

Sparsam und ehrlich

Der Landkreis Barnim beabsichtigt den Ausbau der Kreisstraße 6005 zwischen Rüditz und Danewitz und erhält dafür finanzielle Unterstützung von der Europäischen Gemeinschaft. Leider steht beiderseits der Straße eine Allee aus alten Ahornbäumen, die dem Bauvorhaben im Wege sind.

Darüber hinaus genießt die Allee den besonderen Schutz des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes. Das macht die Sache kompliziert und sorgt seit einiger Zeit für hitzige Diskussionen. Um in dem gewollten Umfang zu bauen, muß die Allee vor dem Bau beseitigt und danach neu angepflanzt werden. Zur Regelung solcher Konflikte stehen der Verwaltung förmliche Verfahren auf der Grundlage des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes zur Verfügung.

Als erstes muß der besondere Schutz der Allee aufgehoben werden. Das kann der Landkreis auf eigenen Antrag, wenn die dadurch entstehenden Beeinträchtigungen ausgeglichen oder ersetzt werden, zwingende Gründe der Verkehrssicherheit vorliegen und andere Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit nicht erfolgreich durchgeführt werden konnten. Zur Beurteilung der entstehenden Beeinträchtigungen beim Bau der Straße und zur Ermittlung des erforderlichen Ausgleichs werden in einem landschaftspflegerischen Begleitplan die örtlichen Verhältnisse erfaßt und bewertet. Als erhebliche Auswirkungen des Vorhabens wurden die Fällung von 727 Alleebäumen, die zusätzliche Versiegelung von 2.927 m² durch den Straßenbau und die erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ermittelt. Der landschaftspflegerische Begleitplan enthält einige unbedeutende Maßnahmen zur Minderung der Eingriffe und schlägt zum Ausgleich für die Fällung der Allee die Neuanpflanzung von 827 Alleebäumen und für die Versiegelung den Ersatz durch Mitfinanzierung eines Wildfruchtlehrpfades vor. Für diese Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind ca. 400.000 Euro erforderlich.

Das Landschaftsbild der Allee läßt sich nicht ersetzen wird auch nicht ausgeglichen. Statt dessen verweist der landschaftspflegerische Begleitplan auf eine Zeitverschiebung von 25 Jahren zwischen Maßnahme und Ausgleich, weil die jungen Bäume erst wachsen müssen. Für solche Fälle sieht die Handlungsempfehlung zur Eingriffsregelung des Landes Brandenburg eine Kompensation mindestens im Verhältnis von eins zu drei in der Regel aber von eins zu fünf vor. Für diese Kompensation, müßte der Landkreis Barnim noch einmal ca. 1.000.000 Euro ausgeben, die nicht von der europäischen Gemeinschaft stammen dürfen.

Deshalb vergißt der Landkreis diese Kompensation einfach, spart eine Menge öffentliches Geld und läßt uns 25 Jahre auf eine neue Allee warten.

HEINZ SOLTAU

»Brüskierung der Bürger«

Zur Ablehnung der »Transparentvorlage« in der StVV Eberswalde

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete, Sie haben in der StVV am 30.11.06 den Antrag der Fraktion Allianz freier Wähler zur Einschränkung der Geheimhaltungspflicht bei Entscheidungen der städtischen Gesellschaften zurückgewiesen. Dazu gibt das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde folgende Erklärung ab:

1. Die Ablehnung der Transparenzvorlage war eine zutiefst parteipolitische Entscheidung. Die großen Fraktionen wiesen die einbringende Fraktion Allianz freier Wähler und die unterstützende Fraktion Grüne/BfB in ihre Schranken. Es ging ihnen nicht um die Frage, ob die Einschränkung der Geheimhaltungspflicht der Entwicklung der Demokratie in der Stadt dient.

2. Die (noch nicht rechtskräftige) Verurteilung von Schulz, der rechtswidrige Verkauf der Stadtwerkeanteile, der Spendenskandal, die jüngst erfolgte Sanierung der WFGE zu Lasten der TWE und des ZWA zwingen geradezu, die Geheimhaltungspflicht der Kommunalen Vertreter in den Gremien der kommunalen Unternehmen einzuschränken. Auch die Behand-

lung der Wasserpreiserhöhung und die erste Stellungnahme zur Sondermüllverbrennungsanlage als Geschäfte der laufenden Verwaltung ohne Einbeziehung der Bürger, bzw. zumindest der StVV, sind ein Skandal.

3. Die Behandlung und Ablehnung der Vorlage durch die StVV ohne jede Debatte stellt eine Brüskierung aller demokratisch gesinnten Bürger dar.

4. Der Umgang mit dieser Vorlage steht im krassen Widerspruch zur Erklärung aller Parteien im Bürgermeisterwahlkampf, die Bürger enger in die Entwicklung ihrer Stadt einzubeziehen.

5. Das Bündnis erwartet von der StVV, daß der Beschluß in der nächsten Sitzung noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt und positiv beschieden wird.

6. Das Bündnis bittet die Stadtverordneten, sich bewußt zu machen, daß die Folge einer erneuten Ablehnung ein Bürgerbegehren sein könnte.

*Bündnis für ein demokratisches Eberswalde
(in der Einwohnerfragesunde am 14.12.2006
vorgetragen von Frank Töpfer)*

Der Kampf um das Geld hat uns fest im Griff

Seit dem ersten Tag im Neuen Jahr wird debattiert über die schlechte und stetig sinkende Finanzausstattung von Kommunen – Entschuldigungen für die nächsten Sparmaßnahmen.

Der Kampf um das Geld ist hart, allgegenwärtig und wird noch härter. Gewinnmaximierung, Kostenminimierung, Schmiergelder, Vetternwirtschaft, Postenverteilung, Schuldenabbau, saublere Rabatte und die Suche nach Antworten zur Sicherung sozialer Systeme liegen voll im Trend?

Besser wären von UNS geführte Debatten über Alternativen für wertschöpfende Beschäftigung, eine Grundlage zum Stoppen der Abwanderung junger Menschen aus unserer Region und die Voraussetzung für eine Zuwanderung, damit sich die finanzielle Lage nicht immer nur zuspitzt. Ein kritischer Blick in die Vergangenheit ist meistens förderlich, um zu lernen wie unsere Vorfahren Wirtschaftskrisen bewältigten. Krieg für eine gerechtere Verteilung des Geldes erschien dabei nicht selten als ein effektives Mittel. Aber es ging auch friedlich. Friedlich, wenn Geld nicht als Machtinstrument sondern als Austauschmittel und Wertmaßstab für eine geleistete Arbeit betrachtet wurde. Dazu gehört aber auch der Wille sich aufklären zu lassen, was Geld ist, wie es funktioniert, was es bewirkt und welche Alternativen sich für einen gerechteren Leistungsaustausch eröffnen.

Geld ist nicht zum Essen da. Es ist ein Wertmaßstab für geleistete Arbeit und Legitimation zum Erhalt einer gleichwertigen Leistung. Eine

geniale Erfindung. So genial, das viele Menschen auf unseren Globus zur Erleichterung das gleiche Geld benutzen. Das Geld verteilt sich jedoch nicht gerecht, solange die Wertmaßstäbe für ein und dieselbe Arbeit regional und global unterschiedlich sind. Es verschwindet aus Regionen wie unsere und läßt Leistungswille (Arbeitslosigkeit) und daraus resultierende unbefriedigte Bedürfnisse zurück.

So war es auch im Mittelalter. Goldmünzen wurden überall anerkannt, waren jedoch auf Grund unterschiedlichen Wertmaßstabes ungerecht verteilt (Menschen aufgrund ihres Status brauchten wenig oder gar nicht arbeiten und hatten trotzdem mehr Gold als das hart arbeitende gemeine Volk). Dort wo Goldmünzen rar waren – in der ärmeren Schicht – wurden Alternativen zur Erleichterung des Leistungsaustausches innerhalb dieser Schicht geschaffen – es wurde eben mit Silbermünzen bezahlt. Mit den so gesparten Goldmünzen wurde dann die obere Schicht bezahlt. Genauso verhielt es sich zwischen den Dörfern – innerhalb der Dörfer wurde mit Silber und untereinander mit Gold bezahlt.

Und so gab es zu jeder Zeit und gibt es auch heute wieder Nebengelder innerhalb kleinerer Gemeinschaften. Ein weitaus bekannteres Zahlungsmittel ist ein Schuldschein, der irgendwann zum Herausgeber zurückkommt und durch die eigene Leistung gedeckt ist – der ideale Geldkreislauf. Damit der in unserer Region bestehende Leistungswille und die unbe-

Fortsetzung auf Seite 3

WISTEK konserviert altes Konzept Müll in Eberswalde

Auf ihrer letzten Sitzung im Jahr 2006 verabschiedete die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung u.a. das Wirtschaftsstandortentwicklungskonzept für die Stadt (WISTEK). Daß der WISTEK-Text, von der Gliederung und einigen Anlagen abgesehen, den Stadtverordneten überhaupt nicht vorlag, spielte in der Diskussion keine Rolle. Kritik äußerten die Fraktionen der Linkspartei.PDS (siehe Eberswalder Monatsblatt v. 8.1.2007, S. 14) und der Allianz freier Wähler sowie der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller. Bei 3 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen wurde das WISTEK mehrheitlich angenommen.

In der Sachverhaltsdarstellung wird sehr schön der Werdegang des WISTEK erläutert. Hintergrund ist die Neuorientierung der Förderpolitik im Land Brandenburg auf die Förderung sogenannter »Regionaler Wachstumskerne«. Auf Anforderung der Staatskanzlei meldete die Stadtverwaltung bereits Mitte 2005 die aus ihrer Sicht wichtigen Maßnahmen an das Land, die im Oktober 2005 noch einmal umfassen schriftlich erläutert wurden.

Damals sah sich der alte Bürgermeister noch auf dem Höhepunkt. Eine Einbeziehung aller Stadtverordneten gab es nicht. Die Prioritäten setzte Reinhard Schulz, wie er sie vorher irgendwo am Biertisch oder beim Squash verabredet hatte.

Auch das im November 2005 per Kabinettsbeschluß geforderte »Standortentwicklungskonzept« blieb ein »Geschäft der laufenden Verwaltung«, wie aus der Formulierung deutlich wird, daß »sich die Stadtverwaltung entschlossen (hat), ... ein eigenständiges Wirtschaftsstandortentwicklungskonzept aufzustellen und dies so weit wie möglich auch ungeachtet der Förderbeschlüsse des Landes umzusetzen«. Das war schon die Zeit, als Schulz beurlaubt und dann suspendiert war. Es erstaunt, daß die »kopfloze« Stadtverwaltung solch weitreichende Entscheidungen traf – oder regierte da der Suspendierte noch im Hintergrund?

Am 16. März 2006 gab es dann eine informelle »Informationsveranstaltung« in deren Rahmen die Vorgehensweise »mit den Fraktionsvorsitzenden abgestimmt« wurde. Auch die

weitere Diskussion fand außerhalb der StVV-Gremien statt. Mehr als ein paar mündliche Informationen gab es selbst in den zuständigen Ausschüssen nicht. Eingehendere Informationen über die Inhalte bekamen die Stadtverordnete, die sich darum bemühten, erst, nachdem das Konzept Mitte 2006 beim Land abgeliefert worden war. So muß nicht verwundern, daß die Kritiken und Hinweise, die seit August seitens der Fraktionen gegeben wurden, in der endgültigen Fassung des WISTEK kaum Berücksichtigung fanden.

Mit der Bürgermeisterwahl war die allgemeine Forderung nach einem Neuanfang verbunden. Das WISTEK manifestiert jedoch weitgehend jene alte Wirtschaftspolitik, die im Juli 2006 abgewählt wurde. So ist beispielsweise die völlig überholte Flugplatzplanung einschließlich der zugehörigen Straßenerschließungen Bestandteil dieses WISTEK. Mit dem WISTEK werden auf dem Gebiet der Wirtschaftsentwicklung mit den alten Inhalten vollendete Tatsachen geschaffen, noch ehe der neue Bürgermeister richtig im Amt ist und bevor die Diskussionen zum Leitbild abgeschlossen sind. Das WISTEK soll »Handlungsgrundlage zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Stadt« sein. Diese Aufgabe kann das WISTEK aber nur auf Grundlage des übergeordneten Leitbildes erfolgreich realisieren.

Insofern hat das beschlossene WISTEK faktisch nur den Status eines vorläufigen Entwurfs mit der Maßgabe, daß die Diskussion zum WISTEK nach der Verabschiedung des Leitbildes auf dessen Grundlage zu Ende gebracht wird. Das ist in dem Beschlußtext nicht enthalten, kann aber jederzeit von den Stadtverordneten so behandelt werden.

Dabei sollte das Konzept nicht einfach auf Eis gelegt werden, sondern es sollte die Möglichkeit geschaffen werden, daß das WISTEK intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Dazu müßte es natürlich öffentlich gemacht werden. Da das Konzept als PDF-Datei vorliegt, sollte es ohne Probleme auf der Seite der Stadt zum Download bereitgestellt werden können.

GERD MARKMANN

Fortsetzung von Seite 2

friedigten Bedürfnisse ausgetauscht werden können (Wertschöpfung), sollten wir zur Erleichterung des Leistungsaustausches ebenfalls ein zusätzliches Zahlungsmittel in Erwägung ziehen! Ein weiterer positiver Nebeneffekt ist eine dadurch in Gang kommende Eigenversorgung unserer Region und der damit verbundenen Stabilisierung gegenüber weltweiten wirtschaftlichen Krisen. Und wie das bei uns mit dem bestehenden Geldsystem und unseren regionalen Gegebenheiten erfolgreich funktionieren kann, hat sich der gemeinnützige Verein Barnim Uckermark Regional e.V. ([\[wirtschaftsring-barum.de\]\(http://www.wirtschaftsring-barum.de\)\) in Zusammenarbeit mit dem bundesweit agierenden Regiogeldverband \(\[www.regiogeld.de\]\(http://www.regiogeld.de\)\) Gedanken gemacht. Ein wichtiges Kriterium für eine erfolgreiche Etablierung einer regionalen Währung ist eine Aufklärung der hier lebenden Menschen und deshalb bietet der Verein den Kurs »Geld & Wirtschaft« an. Auch die Volkshochschulen in Bernau, Eberswalde, Angermünde und Schwedt werden diesen Kurs im kommenden Frühjahr anbieten.](http://www.wirt-</p>
</div>
<div data-bbox=)

HEIKE BECKER, Vorsitzende des Wirtschaftsring Barnim-Uckermark e.V.i.Gr.

E-mail: info@wirtschaftsring-barum.de
Web: www.wirtschaftsring-barum.de

Eine breite Front der betroffenen Bevölkerung stellt sich der Firma Theo Steil entgegen, um den Bau einer Dreckschleuder ohnegleichen zu verhindern. Auch ich habe meinen Namen auf die Unterschriftenliste gegen diese Sondermüllverbrennungsanlage gesetzt. Mangelnde Information, um nicht zu sagen, das Vorhalten von Information, hat weiteres Vertrauen in die zuständigen Behörden zerstört. Viele machen ihrem Ärger über die Leserpost der regionalen Medien Luft. Das ist auch in Ordnung und zeugt davon, daß ihnen ihre Heimat und ihre Gesundheit nicht egal sind.

Wie aber ist es dann zu erklären, daß unsere Wälder von allem möglichen Dreck aus den Nähten platzen. Ich fordere die Menschen der Stadt Eberswalde und der Gemeinde Schorfheide auf, ihren Sonntagsspaziergang in dem Wäldchen gegenüber der Firma Steil, welches sich um den SaWo Gewerbehark erstreckt und im Osten durch die Coppistraße, im Süden durch den Finowkanal und im Westen durch die Wolfswinkler Straße begrenzt wird, zu machen. Zu empfehlen ist festes, durchtrittsicheres Schuhwerk mit öl- und säurefester Sohle. Als Tierfreund bitte ich Sie, Ihre Hunde nicht mitzubringen. Zu bewundern sind Sitzmöbelgarnituren, Schränke, Auslegware, Sanitärbedarf, TV-, HiFi- und Videoelektronik, Kühlschränke, Isoliermittel, Hausmüll, Bauschutt, Autoreifen, Ölbehälter, Farbe und Verdünnung, Medikamente, Baum und Rasenschnitt, Batterien und natürlich Getränkebehälter, Plastetüten sowie mit Glasbruch versehener Kompost. All das in malerischer Idylle inmitten von BMK-Ost Altlasten, eines zum Bauschuttablageplatz umfunktionierten Heizwerkschlackeabpumpareals unweit einer Asphaltanlage, einer Mülltrennung und besagtem Schrottunternehmen. Sollten Sie sich diesem wunderschönen Naherholungs- und Wohngebiet wochentags über die Angermünder Straße nähern, müssen sie mit parkenden LKWs rechnen, beidseitig natürlich.

Ein Argument gegen die von Theo Steil geplante Anlage zieht also nicht, nämlich daß wir nicht genügend Müll hätten. Allein der Unrat in besagtem Gebiet reicht aus, Eberswalde lange Zeit mit Strom zu versorgen. Kommen Sie aus Finowfurt über den Treidelweg, dann sollten Sie auf der Altenhofer Straße in Nähe der Judo-Halle besondere Vorsicht walten lassen. Die jungen Leute die sich hier am Wochenende vergnügen, hinterlassen einen die Fahrbahn und die Bürgersteige überziehenden Belag aus zersplittertem Glas und Kotze. Sollten sie den Weg über die Millionenbrücke wählen, wäre ein Atemschutz angeraten, wobei die Laubpieper der dortigen Kleingartenkolonie der Wellasbest auf dem ehemaligen NVA Gelände nicht zu stören scheint. Sie werden verstehen wenn ich abschließend nicht alle Mitbürger grüße sondern nur jene, die es mit dem Umweltschutz wirklich ernst meinen.

ANDY LOSCH 3

Baumbesetzung gegen Alleenerodung

Aus Protest gegen die geplante Rodung einer der schönsten und weitgehend intakten Ahornalleen im Land Brandenburg haben Aktivistinnen der Umweltorganisationen ROBIN WOOD und der GRÜNEN-LIGA Brandenburg am 2. Januar 2007 vier Alleeebäume an der Danewitzer Straße in Rüdnitz besetzt. Sie fordern den Erhalt der über 700 vitalen Alleeebäume. Mit ihrer Aktion setzen die Umweltschützerinnen die am 12. Dezember durchgeführte Baumbesetzungsaktion der Forstwirtin Katharina Tomaschek fort.

Die 726 Ahornbäume an der knapp fünf Kilometer langen Kreisstraße K 6005 sollen weichen, weil der Landkreis Barnim diese Straßenverbindung zwischen Rüdnitz, Danewitz und der Landesstraße L 29 auf 5,50 m verbreitern will. Dies würde einen erheblichen Eingriff in den Natur- und Landschaftshaushalt bedeuten. Wenn diese Allee zerstört wer-

den sollte, droht das »Barnimer Modell« allerorts Schule zu machen. Das Verschwinden weiterer Alleenbestände in Brandenburg wäre damit vorprogrammiert.

Rund 2,5 Millionen Euro, mehrheitlich EU-Fördergelder, sollen für diese vergleichsweise gering frequentierte Straße ohne Rücksicht auf



bestehende Naturschutzgesetze verbaut werden. Dabei gibt es kostengünstigere Planungsalternativen für die Sanierung der Straße bei gleichzeitigem Erhalt der Bäume. Ein entsprechendes Gutachten eines renommierten Planungsbüros liegt dem Kreis seit November vor.

Über 1200 Bürgerinnen und Bürger aus der Region forderten die Kreisverwaltung Barnim in einer Unterschriftenaktion auf, im Zuge der Sanierung der K 6005 einen Ausbau zu realisieren, bei dem alle 726 Alleeebäume erhalten bleiben. Insgesamt votierten 82 Prozent der Befragten für den Erhalt der Allee.

Rudolf Fenner, ROBIN WOOD-Pressestelle

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.bar-blog.de und www.gruene-niederbarnim.de. Das Gutachten des Planungsbüros Dr.-Ing. Ditmar Hunger kann eingesehen werden unter: www.gruene-niederbarnim.de/strassenplanerisches_gutachten.26817.0.html.

Unsaubere EU-Fördermittelverwendung?

Zum Vorhaben, die Allee an der Kreisstraße 6005 abzuholzen, schreibt Thomas W. aus B. im Barnim-Blog: »Ist das Ganze nicht fürchterlich traurig???? Wann werden die Politiker endlich wach??? Hier geht es um unser gemeinsames Aushängeschild - die Brandenburger Alleen. Wenn das so weitergeht, sollte es mich nicht wundern, wenn eines Tages das Kloster Chorin abgerissen und zerschreddert wird und das Material für eine 'gerade' Straße durch den Amtssee Verwendung findet.« Besser hätten wir es nicht ausdrücken können.

Der aktuelle Stand: Im Kreis Ausschuss ließ sich die Kreisverwaltung Barnim am 18.12.06 durch einen Beschluß die Genehmigung zur Rodung der Allee erteilen. Hier gab es nur einen Aufrechten, der dagegen stimmte: Dr. Günther Spangenberg (BKB/Freie Wähler). Die Ausschreibung für die Auftragsvergabe läuft nun vom 27.12.06 bis zum 23.01.07. Bis zum 15.03.07 müssen die rund 700 Alleeebäume verschwunden sein, ansonsten gibt es naturschutzrechtliche Probleme, u.a. weil Zugvögel heimkehren, die dort ihr Zuhause haben bzw. einnehmen. Die GRÜNE LIGA Brandenburg weist auf schwere Verfahrensfehler hin und hat beim Verwaltungsgericht Frankfurt/O. vorbeugenden Rechtsschutz eingereicht.

An dieser Stelle möchten wir auf **Unwahrheiten** hinweisen, die im Rahmen der Allee-problematik bis dato verbreitet werden:

1. Unrichtig ist, wie von Vize-Landrat Carsten Bockhardt (CDU) behauptet, daß der Ausbau der Kreisstraße 6005 und der gewünschte Erhalt der Bäume zugleich nicht realisierbar ist. So belegt das straßenbauliche Gutachten des Verkehrsplaners Dr. Hunger, daß die EU-Fördermittel sehr wohl für eine grundsätzliche Erneuerung der Fahrbahnoberfläche ver-

wendet werden können. Denn bei den wenigen hundert Fahrzeugen pro Tag (0-Frequentierung) wäre eine überdimensionierte Verbreiterung der Straße nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch nicht vertretbar.

2. Unrichtig ist, daß sich die Alleeebäume in einem kranken Zustand befinden. Dies käme dem Landkreis zwar gelegen, doch Pech, denn jüngst hat der renommierte Baumexperte und Vorsitzende des Gehölzsachverständigenverbandes Brandenburg-Berlin Manfred Frommer die Allee Rüdnitz-Danewitz-L29 in einer Stellungnahme als ausreichend vital eingestuft. Das heißt, daß sich die Bäume im Vergleich zu anderen Alleeanalbeständen in Brandenburg in einem durchschnittlichen Gesundheitszustand befinden. Der Wirbelsturm im Sommer des Jahres 2005, der in der Rüdritzer Allee wütete, hatte solch eine enorme Zerstörungskraft, daß ihn auch anderswo kein gesunder Baum ohne Astbruch überstanden hätte. In der Rüdritzer Allee sind dabei keine Bäume entwurzelt worden, nach Auskunft der Anwohner in den benachbarten Gärten aber mehrere. Auch das spricht für die ausreichende Vitalität und Standfestigkeit dieser Straßenbäume. Nicht auszudenken, was in den Gartenanlagen für gewaltige Schäden entstanden wären, wenn kein windschützender Alleenbestand vorhanden gewesen wäre, der die Kraft dieses Mini-Tornados eingedämmt hat.

3. Und unrichtig ist auch, wenn von offizieller Seite behauptet wird, daß die Kreisstraße für den Begegnungsverkehr LKW-LKW oder Bus-Bus zu schmal ist. Eine dementsprechende Befahrung mit Messung wies ein ausreichendes Lichtraumprofil nach. Nur an wenigen Stellen müßten Äste bzw. Bäume entfernt werden, um

das erforderliche Lichtraumprofil auf der gesamten Strecke zu gewährleisten. Auch dieses Gutachten liegt dem Landkreis bereits vor.

Obwohl ein ordentlicher Straßenbau an der K 6005 realisiert und sogar die EU-Fördermittel auf sinnvolle Weise ausgeschöpft werden könnten, will die Kreisverwaltung von ihrer ursprünglichen, teureren und naturzerstörenden Planungsvariante zur Straßenverbreiterung nicht abrücken. Warum? Scheinbar lockt eine Kette von lukrativen Aufträgen, die an Unternehmen vergeben werden können: Sind Straßenplanung, Fällungsarbeiten, Straßenbau und Neupflanzung auf dem Reißbrett schon durchgeplant und würden wir diese Pläne durchkreuzen? Sollen, zu Lasten des Steuerzahlers und der Natur, zusätzliche Firmenprofite rekrutiert werden? Oder ist es nur die einfältige Umtriebigkeit der lokalen Politik?

Nun wird es darum gehen, die Fördermittelstruktur zu durchleuchten sowie eventuelle Verflechtungen zwischen Kreisverwaltung und (Bau-)wirtschaft aufzudecken. Wir recherchieren weiter. Denn auch vor unserer Haustür wird der Ruf nach Unabhängigkeit der Politik von einflußreichen Interessengruppen immer lauter. Eine effektive Kontrolle der kommunalen Verwaltungen zum Wohle der Gemeinschaft und zum Schutz und Erhalt der Demokratie wird dringend nötig sein. Details unter: www.bar-blog.de

Dr. ELVIRA KIRSCHSTEIN und Dr. ANDREAS STEINER, Initiative zur Rettung der Allee Rüdnitz-Danewitz-L29

Spendenkonto: Grüne Liga Brandenburg e.V., Kontonummer 2000 55 000, VR Bank Lausitz, BLZ 180 626 78, Stichwort: Allee Rüdnitz-Danewitz

Petra Bierwirth für Alleenrodung und Müllverbrennung

Die Barnimer SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Bierwirth (46) wurde von der Märkischen Oderzeitung nach ihrem Standpunkt zur Allee Rüdnitz-Danewitz und zur geplanten Sondermüllverbrennung in Eberswalde befragt. Zur geplanten Fällung von 700 Alleebäumen sagte sie, daß es gar nicht um Fällungen, sondern um Neupflanzungen ginge. Sie sei für das Projekt des Kreises. Auf die Frage nach ihrer Meinung zu Baumbesetzungen sagte sie: »Die Proteste werden von einer fundamentalen Haltung getragen, die die sachliche Ebene verläßt. Das ist wenig hilfreich und fällt leider auf jene zurück, die sich ehrlich für Naturschutz einsetzen.«

Mit dieser Meinung verläßt nun gerade Petra Bierwirth die sachliche Ebene. Offenbar hat sie den Kontakt zu ihren Wählern verloren, die mehrheitlich für eine Erhaltung der Ahornallee an der Kreisstraße 6005 und gegen eine unnötige Verbreiterung auf 5,50 Meter sind. Petra Bierwirth unterstellt aktiven Naturschützern Fundamentalismus und Unehrllichkeit.

Unter diesen Aktivistinnen sind Studentinnen des Masterstudienganges »Global Change Management« der Fachhochschule Eberswalde. Diesen Studiengang würde Petra Bierwirth gern selbst belegen, wenn sie noch mal jung wäre und studieren dürfte. Ihren »fundamentalen« Kenntnissen der Umweltthematik würde es vermutlich gut tun. Eine Bundestagsabgeordnete aber, die jungen Wissenschaftlerinnen Unehrllichkeit nachsagt, wenn sie sich aktiv für den Alleenschutz einsetzen, hat sich ein Eigentor geschossen.

Petra Bierwirth reiht sich mit der Wiederholung des infamen Slogans von der »Allee der Zukunft« in die Allianz von Landrat Ihrke, Vize-Landrat Bockhardt und Landesumweltminister Woidke ein. Jener hatte in einem Brief an verunsicherte Anrainer der Allee neulich sogar von einer »abgängigen Allee« gesprochen. Beide Parolen hätten gute Chancen, zum Unwort des Jahres 2006 gewählt zu werden. Die Brandenburger Baumalleen sind ein kostbares

Kulturgut und Geschenk unserer Vorfahren, dessen leichtfertiges Opfern durch eine kurz-sichtige Wegwerfgesellschaft töricht ist.

Auch zur geplanten Müllverbrennungsanlage in Eberswalde äußerte sich Petra Bierwirth. Sie habe im Ruhrgebiet und in Berlin Anlagen besucht, die »sehr gut funktionieren«. Man dürfe Müllanlagen nicht nur verteufeln, sagte sie, irgendwo müsse der Abfall ja entsorgt werden.

So reden sonst nur Politiker, die einen teuflisch guten Listenplatz auf der Landesliste ihrer Partei sicher zu haben glauben. Ein Direktmandat kann man mit dieser Einstellung nirgends gewinnen, weder in Trier noch in Eberswalde, wo Müllverbrennung dem Wahlvolk als Innovationsleistung verkauft werden soll. Als Barnimer Wähler werde ich mir vor der nächsten Bundestagswahl die Frage stellen, ob Petra Bierwirth als meine Volksvertreterin oder als Delegierte des Landrates im Bundestag saß.

KARL-HEINZ WENZLAFF
www.BAR-blog.de

Bürger contra Müllverbrennung

Eberswalde/Lichterfelde (at). Die Bürgerinitiative für eine gesunde Umwelt hatte für den 5. Januar zu einer Informationsveranstaltung über die geplante Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Theo Steil (offizielle Bezeichnung Energetische Verwertungsanlage – EVA) eingeladen. Der ca. 150 Menschen fassende Raum reichte nicht aus, um die interessierten Bürger aufzunehmen, so daß viele die Beratung stehend verfolgten.

Der Umweltsachverständige Klaus Koch informierte ein weiteres Mal über die Planungen und die zu erwartenden Gefährdungen für Mensch und Natur. Eine zentrale Aussage: die geplante Sondermüllverbrennungsanlage ist die bisher erste Anlage dieser Art in Deutschland, in der besonders überwachungspflichtiger Abfall verbrannt wird. Eberswalde sei gewissermaßen das Versuchskaninchen. Die Antragsunterlagen sind derart fehlerhaft und nicht schlüssig, so daß eine Genehmigung auf dieser Grundlage nicht erteilt werden dürfte. Eine Vielzahl von Einwendungen, die die individuelle Betroffenheit deutlich machen, sind erforderlich. Keiner dürfe sich darauf verlassen, daß die Bemühungen der Stadt zur Verhinderung der Anlage Erfolg haben und sich dadurch die individuellen Einwände erübrigen.

In einer sich anschließenden kurzen Vorstandsberatung der Bürgerinitiative wurde über das weitere Vorgehen, insbesondere über die Besetzung der Bürgerberatungsstunden gesprochen.

Wer darf Einwendungen gegen die Sondermüllverbrennungsanlage einreichen?

Jeder Bürger darf Einwendungen erheben. Die Genehmigungsbehörde muß auch jede Einwendung beantworten. Klagerecht gegen

einen negativen Bescheid haben jedoch nur die Bürger, die im Radius von 2,5 km um die Anlage wohnen. Es ist aber zu beachten, daß im Rahmen der Bürgerbeteiligung eine Ausweitung des Untersuchungsraumes von einem Radius von 2,5 km auf 5 km gefordert werden wird. Dann wären auch die Bürger im Radius von 5 km im Falle der Abweisung ihrer Einwendungen klageberechtigt.

Gemeinsamkeit macht stark

Nur der organisierte, gemeinsame Widerstand gegen die Sondermüllverbrennungsanlage wird Erfolg haben. Sich nicht auf andere verlassen, sondern selbst mittun - das muß die Devise sein. Deshalb sollten sich alle verantwortungsbewussten Bürger der »Bürgerinitiative für eine gesunde Umwelt - Schorfheide« anschließen. Die Bürgerinitiative ist ein eingetragener Verein, der sich speziell zum Kampf gegen die Sondermüllverbrennungsanlage gegründet hat. Eberswalde ist mit einer Ortsgruppe in diesem Verein vertreten. Wer die Arbeit dieses Vereins unterstützen will, tut das am besten mit einer Mitgliedschaft oder Fördermitgliedschaft. (Näheres finden Sie unter www.mva-eberswalde.de).

Mitglieder des Vereins erhalten im Falle der Klage die Unterstützung des Vereins (gegebenenfalls Sammelklagen).

Spendenkonto für eine gesunde Umwelt

Bankverbindung: Verwahrkonto der Gemeinde Schorfheide, Sparkasse Barnim
Konto-Nr. 2 906 000 003, BLZ 170 520 00
Verwendungszweck: Bürgerinitiative für eine gesunde Umwelt – Schorfheide e.V.

Die Bürgerinitiative im Internet:
www.mva-eberswalde.de

Unterlagen ausgelegt

Eberswalde/Schorfheide (bbp). Seit dem 2. Januar 2007 liegen die Unterlagen für die Errichtung einer »Anlage zur thermischen Verwertung von Abfällen mit vorgeschalteter Einrichtung zur Abfallaufbereitung« in den Rathäusern von Eberswalde und Schorfheide zur Einsichtnahme durch die Bevölkerung aus.

Der Genehmigungsantrag sowie die dazugehörigen Unterlagen können bis zum 2. Februar im Eberswalder Rathaus, Breite Straße 41-44, Raum 106, von jedermann eingesehen werden, von montags bis freitags jeweils 9 bis 12 Uhr, dienstags und donnerstags zusätzlich von 13 bis 18 Uhr. In der Gemeindeverwaltung Schorfheide am Erzberger Platz in Finowfurt sind die Unterlagen im Zimmer 2.11 ausgelegt.

Die Bürgerinitiative für eine gesunde Umwelt – Schorfheide e.V. ruft die Bürgerinnen und Bürger auf, daß sie ihr Recht auf Einsicht in die Unterlagen wahrnehmen.

Als Tips für Einwendungen schlägt die BI vor: gesundheitliche Bedenken, starke Wertminderung von Grundstücken und Häusern, Natur- und Umweltaspekte, Risiko von Störfällen und deren Auswirkungen.

Ansprechpartner der Bürgerinitiative:

Eberhard Thiele, Silke Grünberg, Hannelore Reckin und Dieter Zwicker vom 9.1. bis 2.2. jeweils dienstags und mittwochs von 14 - 18 Uhr im Lichterfelder Bürgerbüro (chem. Ordnungsamt, Eberswalder Str.) in Lichterfelde.

Dr. Andreas Steiner vom 9.1.- 2.2., dienstags und mittwochs 14 - 18 Uhr im Dietrich-Bonhoeffer-Haus im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde

Albrecht Triller vom 9.1. - 2.2. jeweils dienstags und mittwochs 15 - 17.30 Uhr, dienstags im Bürgerbüro in der Dorfstr. 9 und mittwochs in der Erich-Weinert-Str. 1 in Eberswalde.

Mißstände in der Bildung

In den Medien steht derzeit das Bildungswesen neben der Arbeitslosigkeit stark im Vordergrund. Für mich ist schon äußerst erstaunlich, daß sich die Politik angeblich mit dieser Gelegenheit sehr stark beschäftigt und alle Bürger aufruft, an dieser Kampagne teilzunehmen.

Nun habe ich festgestellt, daß an einer Schule im Kreis Barnim ein Kind für meine Begriffe nicht ausreichend gefördert wurde, obwohl sein geistiger Zustand völlig normal sein soll. Es handelt sich hierbei um ein Pflegekind.

Ich sah mich genötigt, den für mich bestehenden eklatanten Fehler bei den zuständigen Ämtern anzuzeigen immer unter der Maßnahme: »Bürger, mischt euch ein!«

Meine gewonnene Erkenntnis ist folgende:

Den Klügel im Bildungswesen unseres Kreises zu durchbrechen, ist schier unmöglich. Auf Eingaben von mir diesbezüglich kommt im Fall des Schulamtes erst eine Reaktion, nachdem ich damit gedroht habe, mich an die Presse zu wenden. Der zuständige Jugendrichter reagiert selbst auf solch eine Drohung nicht. Gleiches trifft für das Jugendamt im Kreis Barnim zu.

Für mich ist dieser Zustand unhaltbar, da es hier um die Entwicklung eines jungen Menschen geht, der offensichtlich schon bei seiner Geburt verloren hat. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser Staat zwar behauptet, im Bildungswesen Fortschritte zu machen, andererseits in keiner Weise in der Lage ist, das Niveau der vergangenen DDR auch nur annähernd zu erreichen.

Nun bin ich schon in solch einem Alter, daß ich mich an die Vergangenheit erinnere, in der die Länder Schweden, Finnland und andere in der damaligen DDR waren, um das vorhandene Bildungswesen zu studieren und in großen Teilen, da es ein einheitliches Bildungswesen eines Landes war, zu übernehmen.

Neuerdings wird für uns in vielen Talkshows und politischen Sendungen das Bildungswesen dieser von mir genannten Länder als vorbildlich und richtungweisend dargestellt. Ich glaube, wir brauchen uns nicht mit der Vergangenheit zu verstecken, sondern sollten die positiven Seiten auch der DDR überdenken und einbeziehen.

Eine Föderalismus-Diskussion und den Rückschritt in die Kleinstaaterei ist das letzte, was wir für die Bildung unserer Kinder, Jugendlichen und Studenten brauchen, abgesehen davon, daß wir Milliarden für U-Boote, für Militäreinsätze und Steuergeschenke für die Reichen unseres Landes realisieren.

Eigentlich ist es doch so: Die Regierenden im Bund oder Land sind nur daran interessiert, ihre eigenen Pfründe zu sichern und das Volk möglichst unwissend zu halten.

Ich hoffe, daß mein Beitrag dazu führen wird, viele Menschen für auch diese Mißstände zu sensibilisieren.

JÜRGEN-KLAUS MEISSNER

ver.di-Erwerbslosenarbeit:

Verwalten oder aktiv gestalten?

Die ver.di-Erwerbslosen in ihrem Lauf, halten weder Ochs noch Esel auf. Rückwärts immer, vorwärts nimmer! Mit diesem leicht abgewandelten Zitat von August Bebel möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich zur aktuellen Erwerbslosenarbeit im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg zu äußern.

Stets habe ich die Interessen von ver.di-Mitgliedern im allgemeinen und Erwerbslosen im besonderen offensiv vertreten. Nicht nur in gewerkschaftlichen Gremien, sondern auch im politischen Raum auf allen Ebenen. Vielfältige Initiativen der Öffentlichkeitsarbeit gingen von mir aus. So im Neuen Deutschland (»Erwerbslose in die Satzung!«), in der Jungen Welt (»Hartz IV ist nicht nur ein Webfehler«), in der ver.di-Publik (»Wer, wenn nicht wir«) sowie im ver.di-Sprachrohr (»Sozialticket in Brandenburg – jetzt!«). Gleiches gilt für die Erarbeitung von Anträgen für den ver.di-Landesbezirksvorstand, einschließlich der 4. Ordentlichen Bezirkskonferenz Berlin/Brandenburg und des 18. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB (<http://erwerbslose-bb.verdi.de>).

Die überdurchschnittlich hohe Austrittsquote von ver.di-Mitgliedern der Personengruppe Erwerbslose (4 Prozent der ver.di-Mitglieder kehrten 2006 ihrer Gewerkschaft den Rücken, davon waren dreiviertel erwerbslos) verdeutlicht, daß Erwerbslose in ver.di und im DGB ein alibihaftes Dasein fristen. Hierbei kann jede Kollegin und jeder Kollege der Personengruppe Erwerbslose für sich bewerten, wie sich die Interessenvertretung im Landesbezirk und in den Bezirken gestaltet.

Der Kampf zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg scheint weder den Fachbereich 11 (Verkehr) im ver.di-Landesbezirk, obwohl es dazu eine einstimmige Beschluslage im ver.di-Landesbezirksvorstand (höchstes ehrenamtliches Gremium) gibt, noch die DGB-Regionen und die ver.di-Bezirke in Brandenburg in Wirklichkeit zu interessieren. Die bisherigen Aktivitäten bezüglich der Einführung des Sozialtickets in Brandenburg, auch seitens des DGB-Bezirksvorstandes Berlin/Brandenburg, können als atmosphärisch unterkühlt gewertet werden.

Ebenfalls zu hinterfragen ist, welche Rolle der Beirat zur Umsetzung des Sozialgesetzbuches II bei der Brandenburger Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Dagmar Ziegler spielt, vor allem bei der Interessenvertretung von Erwerbslosen und sozial Benachteiligten. Werden sie vom Landesverband Brandenburg des Arbeitslosenverbandes Deutschland e.V., der als offizielle Vertretung fungiert, wirklich vertreten? Eine analoge Fragestellung ergibt sich für das Netzwerk KESS in Brandenburg (Kongreß für Erwerbslose und Sozial Schlechtergestellte), einschließlich des Vorstandes und des Koordinierungsausschusses

des Fördervereins und der Koordinierungsstelle für gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit Berlin. Sollten Mandats- und Seminartourismus, Beweihräucherungs- und Populismusrituale, das Befriedigen von persönlichen Versorgungsmentalitäten und das Produzieren und Erstellen von inflationären Anträgen (z.B. zum Ein-Euro-Job oder zum gesetzlichen Mindestlohn/Erhöhung des Regelsatzes im SGB II), tatsächlich der Schwerpunkt unserer Arbeit sein? Ich denke, eher nicht! Vielmehr sollten die Schwerpunkte für die zukünftige ver.di-Landesbezirkliche und -bezirkliche Erwerbslosenarbeit im Jahr 2007 folgende sein:

- das Mitorganisieren einer durchzuführenden Volksinitiative für 2007 zur landesweiten Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg unter Verantwortung des DGB-Bezirks Berlin/Brandenburg
- das Thematisieren der Verdrängung regulärer Beschäftigungsverhältnisse durch den Einsatz von Ein-Euro-Jobs
- die Mitsprache bei der Entwicklung von alternativen Projekten für öffentlich geförderte Beschäftigung in den Regionen von Brandenburg und den Stadtbezirken von Berlin (s. Positionspapier des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes vom September 2006)
- Unterstützung der LIDL-Kampagne vor Ort
- Unterstützung der Kampagne zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes
- das Thematisieren der Erhöhung des Regelsatzes im SGB II von 345 auf 420 Euro
- das Thematisieren der Entwicklung in der Sozialgerichtsbarkeit, insbesondere die beabsichtigte Einführung des Erhebens von Sozialgerichtsgebühren

Strategie- und Konzeptionslosigkeit sowie damit verbundener blinder Aktionismus, als auch Informationszurückhaltung, Diffamierung und Ausgrenzungorgien, Legendenbildung, Mandatsgeilheiten, Sprechblasen, Kungeleien und gewerkschaftlicher Filz im Haupt- und Ehrenamt sind schlechte Wegbegleiter für ein gewerkschaftliches und ergebnisorientiertes Miteinander. Ebenfalls erscheinen entpolitisierte Gremien auf allen Ebenen in ver.di und im DGB wenig konstruktiv. Wir brauchen deutliche Mitgliederzuwächse, insbesondere von aktiven Mitstreiterinnen und Mitstreitern, jedoch nicht künstlich aufgeblähte Gremien, die sich zu viel mit der inneren Nabelschau beschäftigen und vor lauter Scheindemokratie in der Außenwirkung zu wenig wahrgenommen werden.

Mein Leitspruch für 2007: Fürchte Dich nicht vor der Veränderung, eher vor dem Stillstand (Lautse). Deshalb, Erwerbslose: Hört die Signale!

CARSTEN ZINN, Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses im ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim und Mitglied des Erwerbslosenausschusses im Landesbezirk Berlin/Brandenburg

»... und schon war der Bart ab«

Jahresabschluß der Eberswalder Montagsdemo am 18. Dezember 2006



Die Jahresabschlußveranstaltung von Eberswalder Montagsdemo geriet unvermittelt zu einem »Bildungsabend«, als der »SPD-Vorsitzende Kurt Beck« überraschend die Eberswalder Arbeitslosen besuchte. Er war zwar schon am Sonntag zuvor auf dem Adventsmarkt im Brandenburgischen Viertel im Gespräch mit Arbeitslosen gesehen worden, trotzdem waren die 26 Anwesenden von seinem Besuch überrascht. »Kurt Beck« erklärte den Eberswalder Arbeitslosen, daß auch sie alle Arbeit finden könnten, wenn sie sich seiner Empfehlung entsprechend »frisch gewaschen und rasiert« bewerben. Er bot seine uneingeschränkte Hilfe an und griff auch gleich selbst einige Male zum Rasiermesser – und schon war der Bart ab.

Die Eberswalder Montagsdemonstranten zogen eine Bilanz des abgelaufenen Jahres. 21

Montagsdemos gab es in Eberswalde. Eberswalder Montagsdemonstranten waren darüber hinaus an 11 überregionalen Demos und Aktionen beteiligt. Inhaltliche Schwerpunkte waren neben dem Widerstand gegen den Sozialabbau bundesweit auch regionale Themen, wie der Kampf um die Erhaltung des Sozialtickets, die Unterstützung des Schülerstreiks gegen die Schließung der Albert-Einstein-Oberschule und die Teilnahme am Wahlkampf des Bürgermeisterkandidaten und Montagsdemonstranten Hartwin Schulz.

Die Montagsdemos sollen auch im Jahre 2007 fortgeführt werden, beginnend am 8. Januar 2007. Als Teil des »Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde« werden die Eberswalder Montagsdemonstranten ihr kommunalpolitisches Engagement weiter verstärken.

Linksfraktion kämpft weiter für Sozialticket!

Es ist bedauerlich, daß die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU den Vorschlag zur Einführung eines Sozialtickets abgelehnt haben. Die Vertreter der Regierungskoalition hielten es nicht einmal für nötig, ihre Ablehnung fundiert zu begründen. Offensichtlich wird das Sozialticket weder von der SPD noch von der CDU politisch gewollt. Daß dies trotz angespannter Haushaltslage möglich wäre, haben wir mit unseren Finanzierungsvorschlägen bewiesen. Was in Berlin schon lange geht, sollte auch in Brandenburg – im gemeinsamen Verkehrsverbund – möglich sein. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der beschlossenen Tarifierhöhung zum 1. April 2007 für den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) ist ein Sozialticket erforderlich, um Hartz-IV-Betroffene

und Geringverdiener nicht vom Öffentlichen Personennahverkehr auszuschließen. Schon jetzt ist es für Arbeitslosengeld-II-Bezieher fast unerschwinglich, den ÖPNV kontinuierlich zu nutzen. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II in Höhe von 345 Euro enthält eine Kostenpauschale für die Nutzung von Verkehrsmitteln von lediglich 19 Euro. Unser Vorschlag sieht vor, daß das Ticket jeweils für einen Landkreis bzw. eine kreisfreie Stadt gelten soll. Berechtig sollen alle Personen sein, die Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen sowie die Mitglieder von deren Bedarfsgemeinschaften, Geringverdiener und Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

ANITA TACK, verkehrspolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS im Landtag Brandenburg

Für eine starke Region

Kreisvorstand und Kreistagsfraktion der Linkspartei.PDS Barnim verständigten sich am 20. Dezember in Biesenthal über die wichtigsten Aufgaben für das Jahr 2007.

Wir werden im kommenden Jahr die Entwicklung der Region in den Vordergrund unserer Arbeit stellen. Wir wollen, daß die Potentiale der Landkreise Barnim und Uckermark künftig gemeinsam so genutzt werden, daß sich Nordostbrandenburg im Wettbewerb der Regionen in Brandenburg erfolgreich behaupten kann. Mit den möglichen Formen der Zusammenarbeit soll sich u.a. ein regionalpolitisches Wochenende im Frühjahr beschäftigen.

Wir werden das Thema Kita-Kosten weiter kritisch begleiten und uns erneut mit Hartz IV und den Folgen beschäftigen, dazu werden wir auf Bundes-, Landes- und Kreisebene Initiativen befördern, damit Hartz IV nicht weiterhin der Inbegriff für Armut bleibt.

Als wichtige kommunalpolitische Aufgabe sehen wir auch das Einbringen konstruktiver Vorschläge für das integrierte Wirtschaftsentwicklungskonzept des Landkreises. Dabei geht es auch um eine Verständigung darüber, wie die Potentiale der Region insgesamt genutzt werden können und welche spezifischen Beiträge die einzelnen Kommunen leisten können.

Wir bekennen uns nochmals klar dazu, daß für die von der Theo Steil GmbH geplante sogenannte Energetische Verwertungsanlage in einer Gesundheitsregion Barnim kein Platz ist. Sollte es aus planungsrechtlichen Gründen tatsächlich keine Möglichkeit mehr geben, diese Anlage zu verhindern, ist es Aufgabe von Verwaltung und Politik, Qualitätsmaßstäbe so zu formulieren, daß auch die Theo Steil GmbH gesundheitspolitische und ökologische Verantwortung für die Region wahrnehmen muß.

Neben diesen kommunalpolitischen Aufgaben sehen wir die kritisch-konstruktive Begleitung der Bildung einer neuen Linkspartei als wichtigste Aufgabe im kommenden Jahr.

Zudem wollen wir Voraussetzungen für erfolgreiche Kommunalwahlen 2008 schaffen. Wir laden Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv beteiligen wollen, ausdrücklich zur Mitarbeit ein. Die Linkspartei.PDS ist eine offene und pluralistische Partei. Ein Mandat ist zudem nicht an eine Parteimitgliedschaft gebunden.

Kreisvorstand und Kreistagsfraktion haben auf ihrer Zusammenkunft auch eine erste Bilanz für das Jahr 2006 gezogen. Beide Gremien waren sich einig, daß es nicht gelungen ist, die schulpolitischen Ziele der Linkspartei, insbesondere mit Blick auf Eberswalde, durchzusetzen. Auch bei der Bürgermeisterwahl in Eberswalde konnte die Linkspartei.PDS ihre Ziele nicht erreichen. Ausdrücklich gewürdigt wurde von beiden Gremien dagegen die Wahl von André Stahl zum Bürgermeister von Biesenthal. Das ist ein verdienter Erfolg, der auch wieder Mut macht.

MARGITTA MÄCHTIG, Vorsitzende der PDS-Fraktion im Kreistag Barnim

Guter Rat

*Hast du viel, dann wirst du bald
noch viel mehr hinzu bekommen.*

*Hast du wenig, dann wird dir auch
das Wenige genommen.*

*Wenn du aber gar nichts hast, lieber Freund,
lass' dich begraben,
denn ein Recht auf Leben haben nur solche
Leute, die was haben.*

(H. Heine)

*Zu diesen Worten kurz und schnell
ein Kommentar, hoch aktuell!*

Seht euch diese Herren an:

Esser, Zwickel, Ackermann!

*Das Volk um Millionen beschissen
und sich unter den Nagel gerissen.*

Fünfzig Millionen für Raffgier als Lohn!

Die Strafe dafür, der blanke Hohn.

*Dabei wäre es dringend vonnöten,
solchen Leuten kräftig in den Arsch zu treten.*

Die sagen sich nämlich:

»Was können die schon?«

Und ihr Arsch wird immer breiter.

Viele steigen ab auf der sozialen Leiter.

Und ungeniert spricht

man schon von der sozialen Unterschicht.

Und du mein Sohn, wähle weiter

die Koalition oder wirst du nun gescheiter?

WERNER HARTMANN

Zweifel am ÖPNV-Gesetz

Seit 1.1.2005 ist der ÖPNV freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte und keine Pflichtaufgabe mehr. Es stellt sich die Frage, ob die Ausbildungsverkehre/Schülerbeförderung einfach als Bestandteil in den ÖPNV aufgenommen werden können. Denn Schülerbeförderung ist eine Landesaufgabe und damit Pflichtaufgabe. Nach § 112 Schulgesetz ist den Landkreisen und kreisfreien Städten die Trägerschaft der Schülerbeförderung übertragen. Im neuen ÖPNV-Gesetz wurde festgeschrieben, daß zum ÖPNV auch der Ausbildungsverkehr/Schülerbeförderung gehört. Das widerspricht dem Charakter einer freiwilligen Selbstverwaltungsaufgabe, die dadurch in Konflikt mit der Landesaufgabe Schülerbeförderung gerät. Aus unserer Sicht ist dies verfassungsrechtlich bedenklich. Die Fraktion wird deshalb eine entsprechende Prüfung veranlassen. Auch der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) geht diesen Weg. Schwere Bedenken haben wir auch hinsichtlich der Zuweisungen für den Ausbildungsverkehr/Schülerbeförderung (sog. §45a-Mittel). Sie werden nicht mehr an die Verkehrsunternehmen gezahlt, sondern pauschal an die Landkreise. Wir hegen Zweifel, daß die im neuen Gesetz verankerte Regelung mit dem EU-Behilferecht zu vereinbaren ist.

ANITA TACK, verkehrspolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS Brandenburg

Eberswalder Montagsdemo am 8. Januar 2007:

Sternsinger auf Betteltour

Eberswalde (em). Eberswalder Montagsdemo hatte bei ihrer ersten Montagsdemo im neuen Jahr prominente Gäste. Es wimmelte nur so von »Königinnen« und »Königen«. Den Grund erfuhren die 21 Montagsdemonstranten aus einem Informationsblatt über die Sternsinger, in dem es hieß: »Noch weit in das 19. Jahrhundert hinein war das Sternsingen für ärmere Bevölkerungsgruppen eine legale Weise, an Nahrungsmitteln zu kommen, ohne betteln zu müssen.« Die Montagsdemonstranten hatten also durchaus Grund, sich auch einmal als Sternsinger zu versuchen. Sie zogen zu den Parteibüros in der Nähe des Marktplatzes, beehrten die CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke.PDS mit ihrem Besuch und schmückten



ihre Türen mit den Zeichen der Sternsinger: »Hartz IV muß weg – C + M + B 07«, wobei C für Chancen, M für Mitbestimmung und B für Beschäftigung steht.

Zuvor hatte Frank Töpfer den Demonstranten einen Überblick über die zusätzlichen sozialen Belastungen gegeben, die mit dem Jahreswechsel wirksam geworden sind. Es gebe keinen Grund mit den Montagsdemos aufzuhören, vielmehr müßten sie intensiviert werden. Ein weiteres Thema der Demo war die Zunahme der Klagen vor den Sozialgerichten. Das Sozialgericht Berlin stellt sieben neue Richter ein, um die 12.000 Klagen des Jahres 2006 zu den Hartz IV-Regelungen bearbeiten zu können. Die Forderung des Chefs der Hamburger Arbeitsagentur zur Senkung des ALG II auf 200 Euro wurde mit wütendem Protest quittiert. Mit Befremdung nahmen die Montagsdemonstranten auf, daß der Ex-Firewehrchef, der jetzt wieder eine Tätigkeit bei der Stadt aufnahm, 6 Jahre lang volle Bezüge erhielt, ohne arbeiten zu müssen.

Die Montagsdemonstranten wollen den Neujahrsempfang der Stadt nutzen, um mit anderen Teilnehmern Gespräche zu führen und für den Kampf gegen den Sozialabbau zu gewinnen.

Die nächsten Montagsdemos finden am 22.01. bzw. am 6.02.statt.

Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB):

»Wir wollen mehr gemeinsam agieren!«

Storkow (at). Es ist zweieinhalb Jahre her, daß in Magdeburg die erste Montagsdemo gegen Hartz IV stattfand. Und noch immer gibt es sie, die Montagsdemos in Brandenburg. Aus insgesamt 16 Brandenburger Städten trafen sich seither Vertreter regelmäßig zu gemeinsamen Beratungen. Daraus entstand die »Soziale Bewegung Land Brandenburg« (SBB), die am 6. Januar das neunte Treffen der Organisatoren von Montagsdemos durchführte.

So wie die Eberswalder Montagsdemo sich bei ihrer Demo am 18. Dezember für eine Fortsetzung der Montagsdemos entschlossen hatte, setzen auch die anderen Mitglieder der SBB ihre Arbeit fort. Für das Jahr 2007 sind wieder gemeinsame Projekte ins Auge gefaßt worden. Zum G 8-Gipfel, der in diesem Jahr in der BRD (Heiligendamm, Mecklenburg-Vorpommern) stattfindet, werden die »Euromärsche« einen Marsch durch die BRD organisieren, der auch durch Brandenburg führt. Die Montagsdemos der verschiedenen Städte wollen die »Euromärsche« auf ihrem Weg durch das Land Brandenburg unterstützen. Zeitgleich mit dem Eintreffen des Euromarsches in der Stadt Brandenburg will die SBB eine gemeinsame landesweite Demo durchführen.

Im Herbst 2007 soll es wieder eine zentrale Demo in Berlin geben. Die SBB wird sich darum bemühen, daß dies eine gemeinsame Demo aller linken Kräfte einschließlich der Gewerkschaften wird.

In der Berichterstattung der Vertreter der verschiedenen Städte fiel auf, daß sich die Montagsdemos zunehmend in die Kommunalpolitik einmischen und verschiedentlich an eigene Kandidaturen bei der nächsten Kommunalwahl denken.

Nur Eisenhüttenstadt berichtete von immer noch jeden Montag stattfindenden Demonstrationen. In anderen Städten, wie z.B. in Eberswalde, finden die Demos 14-tägig oder einmal im Monat (z.B. Angermünde) statt. Aus vier Städten waren Vertreter anwesend, die nicht mehr montags sondern je nach Anlaß zu anderen Zeiten unterschiedliche Aktionen durchführen.

Als Gäste nahmen an der Beratung auch zwei Vertreter der beiden Berliner Montagsdemos teil und berichteten über ihre Erfahrungen. Ihre Einladung und Teilnahme entsprach dem allgemeinen Wunsch der verbündeten Montagsdemonstranten, auch über die Region hinaus mehr gemeinsam zu agieren.

Vier Tage im November

An einem Dienstag im November wies das Bundesverwaltungsgericht die Klage einer Hartz IV-Empfängerin ab, die die »Höhe« ihres Monatsgeldes von 349 Euro für nicht ausreichend fand, weil sie z.B. kaum in der Lage sei, ins Theater zu gehen oder sich ab und zu ein Buch zu kaufen. Auch andere Möglichkeiten kultureller Kommunikation seien ihr verwehrt: Museumsbesuche, ins Kino zu gehen usw.

Die Klage wurde abgewiesen unter anderem mit dem Argument, speziell für Theatergänge sei in der Hartz-Regelung ein »fester Posten« fixiert. Das entspricht den Tatsachen, der feste Posten beläuft sich auf 1,49 Euro monatlich. Um eine Operaufführung in Berlin zu besuchen, müßte die Klägerin allerdings drei Jahre sparen – diese Rechnung aufzumachen, versagten sich die Richter »im Namen des Volkes«, das sich einen Einzelrichter das Zwanzig- bis Fünfundzwanzigfache des erwähnten Hartz-Betrags kosten läßt...

An einem Mittwoch im November, einen Tag nach dem Urteil der rüden Verwaltungsrichter, ermöglichten deren Kollegen dem schnöseligen Chef der Deutschen Bank, einem gewissen Ackermann, sich mit einem Klimpergeld von 3,4 Millionen Euro von verschiedenen Anklagepunkten im Umfeld von Veruntreuung und unrechtmäßiger Bereicherung freizukaufen, obwohl Freiheitsstrafen für einige Jahre »drin« gewesen wären. So aber ist der Boß des Finanzgiganten nicht vorbestraft, darf weiter gaunern und thronen und überlegen, was oder wen er sich nächstens kaufen wird von seinen 20 Millionen Jahresgehalt. 86 % der Deutschen finden das Urteil fürchterlich, immerhin. Aber eine Mehrheit ist auch der Meinung, daß es in diesem Deutschland immer noch schön demokratisch zugeht. Daß die

oben erwähnte Hartz IV-Empfängerin nicht zu dieser Mehrheit gehört, darf angenommen werden...

An einem Dienstag im November zückte ein deutscher Schüler Bomben und Pistolen und lief Amok. Er verletzte Schüler und Lehrer und tötete sich nach vollbrachter Tat. Sofort und voller Empörung wurde landauf, landab von Presse, Politikern, Pädagogen und Pastoren das Verbot gewaltverherrlichender Videofilme gefordert. Ganz vorn in der Phalanx der Erregten die Politmagazine des Fernsehens. Es sei unverantwortlich, höchst unmoralisch, verwerflich usw., Jugendlichen derartiges zugänglich zu machen: Brutalste Tötungsszenen, Blutspritzerei, Messer in Bäuchen und zerquetschte Leiber. Schon das Massaker von Erfurt habe gezeigt, wohin das alles führe.

An einem Mittwoch im November, einen Tag nach dem neuesten Amoklauf, hatte der neue James-bond-Film Deutschlandpremiere. Ein neuer Bond-Mime zwar, aber sonst alles wie in allen Bondfilmen: Brutalste Tötungsszenen, Blutspritzerei, Messer in Bäuchen und zerquetschte Leiber. Der unsägliche Streifen erfuhr wohlwollende Kritik – u.a. in einigen TV-Magazinen – und wurde sogar in den »Tagesthemen« und »Heute« vorgestellt, von diversen Interviews mit dem Hauptdarsteller ganz zu schweigen und davon, daß endlich mal wieder ein deutscher Schauspieler von Talk zu Talk gezerrt wurde, der einen Wurzeln in dem Machwerk abbekommen hatte.

Nun läuft der Film und Blut von der Leinwand – schockierend. Wem aber mal so richtig zum Kotzen sein will, der informiere sich darüber, ab welcher Altersstufe der Killerfilm zugelassen ist.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Solidarpakt allein reicht nicht

Vor den Folgen eines wachsenden sozialen Unfriedens im Osten, darunter vermehrter Fremdenfeindlichkeit, warnt eine neue Studie. In den neuen Ländern zu arbeiten, heißt immer stärker, mehrere Minijobs zu kombinieren. Das stellt die jüngste Untersuchung aus der Bundesagentur für Arbeit fest. Diese Entwicklungen zeigen: Auch mit der kürzlichen Einigung über den Solidarpakt II hat sich die Debatte um die Zukunft der neuen Länder keineswegs erledigt. Im Gegenteil: Zwar reicht der Solidarpakt II bis 2019, die Zahlungen an die neuen Länder gehen aber schon ab 2009 drastisch zurück. Zwar wächst die Industrie im Osten, insgesamt aber klafft die Ost-West-Schere nicht nur bei der Wirtschaftsleistung weiter auseinander, sondern vor allem bei Löhnen, Renten und anderen Einkommen. Und das, obwohl der Produktivitätszuwachs in den neuen Ländern höher als im Westen ist.

Von der Großen Koalition wird der Aufbau

Ost – wie schon von Rot-Grün – stiefmütterlich behandelt. Union und SPD wollen sich im Wesentlichen mit einer »Weiter-So«-Politik durchmogeln. Die Linksfraktion hat deshalb eine Große Anfrage zum »Stand der Deutschen Einheit und zu den Perspektiven der neuen Länder bis zum Jahr 2020« (DS 16/3581) auf den Weg gebracht. Die Bundesregierung steht in der im Grundgesetz verankerten Pflicht, Verantwortung für gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West zu übernehmen. Die Linksfraktion fordert die Bundesregierung deshalb auf, konkrete Konzepte vorzulegen, wie im Osten in den nächsten anderthalb Jahrzehnten eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden kann. Und sie fordert einen Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse. Voraussichtlich im ersten Halbjahr 2007 wird die Große Anfrage im Bundestag debattiert.

Dr. DAGMAR ENKELMANN, Parl. Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Der Kamin

*Täglich hinter den Baracken
Seh ich Rauch und Feuer stehn.
Jude, beuge deinen Nacken,
Keiner hier kann dem entgehn.
Siehst du in dem Rauche nicht
Ein verzerrtes Angesicht?
Ruft es nicht voll Spott und Hohn:
Fünf Millionen berg ich schon!
**Auschwitz liegt in meiner Hand,
Alles, alles wird verbrannt.**
Täglich hinterm Stacheldraht
Steigt die Sonne purpurn auf,
Doch ihr Licht wirkt öd und fad,
Bricht die andre Flamme auf.
Denn das warme Lebenslicht
Gilt in Auschwitz längst schon nicht
Blick zur roten Flamme hin:
Einzig wahr ist der Kamin.
**Auschwitz liegt in seiner Hand,
Alles, alles wird verbrannt.**
Mancher lebte einst voll Grauen
Vor der drohenden Gefahr.
Heut kann er gelassen schauen,
Bietet ruhig sein Leben dar.
Jeder ist zermürbt von Leiden,
Keine Schönheit, keine Freuden
Leben, Sonne, sie sind hin.
Und es lodert der Kamin.
**Auschwitz liegt in seiner Hand,
Alles, alles wird verbrannt.**
Keiner ist mir noch entronnen,
Keinen, keinen werd ich schonen.
Und die mich gebaut als Grab
Schling ich selbst zuletzt hinab,
**Auschwitz liegt in meiner Hand,
Alles, alles wird verbrannt.***

RUTH KLÜGER

Aus: Ruth Klüger, Weiterleben.
(Die Verfasserin schrieb das Gedicht 1944/45 im Alter von 13 Jahren als Gefangene in den Konzentrationslagern Birkenau und Groß-Rosen.)
Herausgesucht von Hartmut Lindner zum Holocaust-Gedenktage am 27. Januar

Ausweg für Langzeitarbeitslose

Sozialverbände, Gewerkschaften, die Bundesagentur für Arbeit und selbst der Hartz-IV-Ombudsrat wollen ihn. Für viele Langzeitarbeitslose wäre er ein Ausweg aus ihrer Perspektivlosigkeit – der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor. Um dieses Thema kann sich auch die Bundesregierung nicht mehr herumdrücken. Mit der Anhörung zum Thema »Für eine Ausweitung und eine neue Qualität öffentlich finanzierter Beschäftigung«, die am 27. November im Reichstag durchgeführt wurde, will die Bundestagsfraktion DIE LINKE beitragen, das gesellschaftliche Klima hin zu einer Wende in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik zu fördern. Es debattierten u.a. führende Arbeitsmarktexperten des DGB, von Ver.di, der Evangelischen Kirche Deutschlands, des Forschungsteams Internationaler Arbeitsmarkt sowie der Bundesagentur für Arbeit.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Doch inzwischen sind wir ja abgeklärter. Uns bringt weder ein kommunaler Schatzenhaushalt noch verweigerte Transparenz der kommunalen Unternehmen in bemerkbarer Anzahl auf die Straße. Wir zahlen einem wegen Günstlingswirtschaft verklagten und gerichtlich beurlaubten Bürgermeister ohne mit der Wimper zu zucken das Gehalt weiter, wählen beinahe noch seine Steigbügelhalter zum Nachfolger und verzichten einfach auf die Vorfahrt, falls sich uns ein dunkler großer BMW nähert.

Einige von uns sind aber noch viel abgebrühter. Sie machen aus der Not eine Tugend, aus der Ent- eine Abwicklung. Das Konzept floriert – als einziges im Osten! Flächendeckend!

Die kommunalen Wohnungsunternehmen, welche eigentlich durch ihre Marktpräsenz und Preispolitik verhindern sollen, daß private Vermieter die Mietpreise gnadenlos steigern, brechen mit unserem Steuergeld die ebenso über unsere Steuern finanzierte gute Bausubstanz ganzer Stadtviertel ab, um die Preise ihrer verbleibenden Wohnungen »stabil« zu halten. Der Zweckverband Wasser und Abwasser entwässert neben den Bürgerkonten auch die gesamte Landschaft, um die bis 2040 erwartete große Dürre schonmal vorab im zwangsangeschlossenen Gebiet zu simulieren.

Große Strategen erfanden die Wirtschaftskerne. So ein Kern braucht aber auch ein passendes Umfeld, welches man mit Schul- und Kitaschließungen am schnellsten organisieren kann. Je flacher das Umland (also je tiefer es sinkt), um so kerniger die Kraft, die so ein Wirtschaftskern ausströmt. Und mobil gewordene Arbeitskraft ist nur ein Teil dessen, was aus so einem Kern ausströmt!

Heuschrecken-Fonds kaufen den hoch verschuldeten Städten für einen Apfel und ein Ei die Klärwerke, Straßenbahnen und gesamten Wohnungsbestände ab, ohne erst lange von Gemeinnützigkeit herumzufaseln. Der Ast, auf dem wir sitzen, wird so zu privatem Brennholz.

Die Klärwerke selbst verunreinigen mit ihren ungenügend gereinigten Abwässern die von ihnen genutzten Vorfluter und Fließgewässer bis hin zu Nord- bzw. Ostsee. Das Umweltbundesamt hat diese Verunreinigungen benannt: Es sind neben Nährstoffen (Wasserschadstoffen) wie Stickstoff- und Phosphorverbindungen u.a. Hormone, Antibiotika, Röntgenkontrastmittel, Psychopharmaka u. Kosmetika – allgemein Reste dieser Substanzen und dazu z.B. antibiotikaresistente pathogene Keime – gezüchtet im Reinigungsprozeß der Klärwerke. Damit verstoßen die Klärwerksbetreiber eindeutig gegen Bestimmungen des Gewässerschutzes, insbesondere auch gegen § 324 StGB Gewässerverunreinigung, allerdings geduldet durch die Wasserbehörden. Sie nehmen billigend in Kauf, daß die Fischbestände weiter gefährdet werden und daß Algenwachstum bei sommerlichen Temperaturen nicht mehr beherrschbar ist. Die Behörden ignorieren, daß der Vizepräsident des UBA bereits 1997 die

Der letzte Aufschwung

von Peter Spangenberg

Können wir uns noch trüb an das Jahr 1990 erinnern? Das allmächtige Orakel verkündete uns blühende Landschaften, nur es verschwieg, daß diese sich ausgerechnet an Stelle aufgegebener Industrie- und Gewerbeflächen ansiedeln würden. Und sie waren auch nicht ganz so ausgedehnt und langblühend wie man sich das heimlich so gewünscht hatte. Man hätte vielleicht doch einmal den Westwind fragen sollen, was da auf uns zu kommt!

Und aus diesem Sinnbild entwickelten nun die Biomassehöfe ihre neue Geschäftsidee: Kostensenkung in der Landschaftspflege durch vorbeugenden Schnitt – in Kniehöhe. Gefällte Bäume verlieren kein Laub, brauchen keine Astamputation, bekommen keine Unfallschäden oder Pilze und müssen nicht zu einem überraschenden Zeitpunkt wegen mangelnder Standsicherheit gefällt werden. Und was besonders erfreut: Ein heute gefällter Baum bringt auch heute Geld – für den Holzfäller, dessen Chef und wer weiß für wen noch. Man munkelt auch von Auftragsprovisionen, Gewinnbeteiligungen und Fäll-Pauschalen. Ob so etwas in Eberswalder Amtsstuben vorstellbar wäre?

Nun sind wir Menschen ja nicht nur geduldig, sondern auch lernfähig. Gut – vielleicht nicht alle, aber doch der eine oder andere. Wenn also das Land so oder so vor die Hunde geht, dann lassen wir uns eben bezahlen für seine aktive Vernichtung! Die Probleme mit zu teuren Bäumen, zu billigen Mieten, zu unabhängigen Kommunen sind bereits zu Profitquellen geworden. Und doch warten noch dutzende vielversprechende Marktnischen auf kühne Pioniere. Da wären einmal die vielen Arbeitslosen. Die kosten unheimlich viel Geld und vermehren sich wie die Kaninchen. Jeden Tag werden es ein paar mehr! Und dabei stellen sie durchaus wirtschaftliche Werte dar. Man könnte sie als Sklaven ins Ausland verlei-

hen, diese vielleicht für den Meistbietenden als Söldner neben eine Ölquelle stellen oder sie etwas Plutonium an unerwünschte Zeitgenossen zustellen lassen. Irgendwer zahlt ja immer. Den Mindestpreis gibt wahrscheinlich der Schlachtpreis vor. Was kostet eigentlich eine Spenderleber? Oder sollten wir uns hier schon einmal auf fallende Preise einstellen? Darauf könnte man glatt anstoßen!

Aktuelle Anmerkung: Bei den Söldnern muß der private Unternehmer allerdings mit staatlicher Konkurrenz rechnen. Die Bundeswehr beschützt nun auch schon weltweit frisch eroberte Ölgebiete. Der Schutz von Deutschland ist offenbar nicht mehr lukrativ. Jedenfalls nicht so wie der globale Schutz durch deutsche Truppen. Inzwischen dürfen Deutsche auch Regionen gegen den Willen der dortigen Einwohner beschützen. Dafür gibt es nämlich von der UNO oder einem ihrer Mitglieder manchmal Fördermittel. Und so etwas läßt sich eine regierungskompetente Volkspartei doch nicht wegen kleiner Eigenbeiträge oder wegen Gefühlsduseleien innerhalb der vorlauten Unterschicht entgehen! Zumal jeder entsendete Soldat sofort die Arbeitslosenstatistik entlastet – selbst wenn er irgendwann wiederkommen sollte. Der Zeitgeist fordert eben seine Opfer. Sachzwänge sind seine beste Waffe.

Doch der Weltmarkt ist groß und die Hemmschwelle ist bereits privatisiert. Nach uns die Sintflut!

Herr K aus der Schorfheide (2)

Klärwerkstechnik als eine Technologie der sieben Sackgassen bezeichnet hat. Prof. Wilhelm Ripl von der TU Berlin hat Klärwerke auf dem Land als so überflüssig wie ein Kropf bezeichnet. Trotzdem ist für die Abt Wasserwirtschaft der Kanal nach wie vor der Maßstab. Die Mängel dieses Maßstabes werden ignoriert.

Die Verwertung von mit Nährstoffen angereichertem Wasser auf Grundstücken zur Bewässerung verstößt im Gegensatz dazu in der Regel nicht gegen die Bestimmungen des Gewässerschutzes, es sei denn, es erfolgt eine Einleitung in das Grundwasser oder einen Vorfluter und es findet so eine Gewässerbenutzung, insbesondere eine Gewässerverunreinigung statt. Falls unter bestimmten Bedingungen wie geringer Grundwasserflurabstand und zu geringer Bewässerungsfläche eine Gewässerbenutzung nicht auszuschließen ist, hat die Boden-

passage durch eine Flora adaptierter Mikroorganismen dafür gesorgt, daß Schadstoffe aus dem Wasser herausgefiltert und abgebaut wurden. Das kann ein Klärwerk nicht leisten. Deshalb bedeutet ein Zwang, Kanalisation und Klärwerk benutzen zu müssen, eine Nötigung, sich an der öffentlich-rechtlichen Gewässerverschmutzung zu beteiligen.

Der Zwang, auch aufbereitetes Schmutzwasser den Klärwerken andienen zu müssen ist eine durch nichts zu rechtfertigende Enteignung und damit Einschränkung der Eigentumsrechte. Die Floskel »Sozialbindung des Eigentums« ist hier fehl am Platze. Den Aufgabenträgern geht es ausschließlich um Sicherung von Einnahmen – überwiegend um Kreditzinsen für Fehlinvestitionen bedienen zu können.

(Fortsetzung folgt)
JOHANNES MADEJA

Ökologische Sozialisten – das zweite Jahr

Die Linkspartei wird in der Öffentlichkeit kaum in ihren umweltpolitischen Positionen wahrgenommen. Dabei ist sie schon ganz schön »grün«. Auch in der Linkspartei gibt es Rote mit einem grünen Herzen und diese schlossen sich Anfang Januar 2005 als AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim (kurz AGU) zusammen. Mittlerweile sind zwei aktive Jahre vergangen. Dabei wurde stets nach dem Grundsatz, »Sozialismus ist ökologisch oder es ist kein Sozialismus« diskutiert und gearbeitet. **Welche Themen spielten 2006 eine Rolle?**

Im Jahr 2006 stand der Klima- und Ressourcenschutz im Fokus der Arbeit. Die Mitgliedschaft der Stadt Eberswalde im »Klimabündnis europäischer Städte« war im Kürzungswahn der Stadtverordneten gekündigt worden – wegen der Einsparung von 250 Euro. Die AGU schmiedete ein Bündnis bestehend aus der Lokalen Agenda 21, den Grünen und dem Energiesparkontor Barnim. Gemeinsam machte man diesen politischen Fehler öffentlich und sammelte Spenden, um der Stadt die Mitgliedschaft weiter zu ermöglichen. Anfang 2007 will die AGU die StVV noch einmal zu einer Diskussion über das Klimabündnis anregen.

Ein wichtiges Thema im Jahr 2006 stellte der Eberswalder Stadtförst dar. Die AGU lud zahlreiche Experten ein, um sich breit und umfassend zu informieren. Hintergrund war die Entwicklung von Perspektiven und Alternativen für die Bewirtschaftung des Eberswalder Stadtwaldes. Die von der AGU erstellte Stellungnahme soll im Februar 2007 veröffentlicht werden. Dabei geht es nicht um die Privatisierung des Waldes, wie das konservativ-bürgerliche Kreise desöfteren fordern, sondern um eine Nutzungsdebatte.

Das Ende des Sommers war auch bei der AGU von der bevorstehenden Bürgermeisterwahl geprägt. Um den Eberswalderinnen und Eberswalder die Möglichkeit zu geben, sich für einen grünen Kandidaten zu entscheiden, wurden an alle Kandidatinnen und Kandidaten »Ökologische Wahlprüfsteine« verschickt. Gekürzt konnten die Antworten aller sechs in

der Barnimer Bürgerpost (10/2006) nachgelesen werden (ungekürzte Fassung: <http://bbp.aki-stuttgart.de>). Eberswalde hat einen ökologisch interessierten Bürgermeister bekommen. Das läßt hoffen.



Der Herbst stank nach Müll – breite Proteste gegen die zärtlich »EVA« genannte Sondermüllverbrennungsanlage machten sich in Eberswalde breit. Diese wurden von der AGU solidarisch aufgenommen. Zusammen mit der Fraktion der Linkspartei in der StVV Eberswalde wurde das Thema detailliert debattiert. Die Fraktion brachte z.B. einen Vorschlag für ein Mediationsverfahren in die StVV ein.

Quo vadis AGU?

Auch das zweite Jahr hatte für die AGU reichlich Inhalte und Erfolge vorzuweisen. Im nächsten Jahr soll daran natürlich angeknüpft werden. Beispielsweise werden die Themen Agro-Gentechnik und Kommunalwald wieder eine große Rolle spielen und Vorschläge zur Ausgestaltung der Mitgliedschaft Eberswaldes im Klimabündnis gemacht werden.

Ein größerer Kreis von aktiven Mitstreitern – und vor allem auch Mitstreiterinnen – ist eins der Ziele für das Jahr 2007. Desweiteren sollen geknüpfte Beziehungen intensiviert und mehr über den Bereich Eberswalde hinaus gearbeitet werden. Schließlich versteht sich die AGU als Kreis-AG und möchte dementsprechend auch in ganz Barnim aktiv werden.

Haben Sie auch ein grünes Herz, obwohl Sie ein Roter sind? Dann fühlen Sie sich bei uns sicherlich gut aufgehoben. Kommen Sie doch einfach mal vorbei. Die nächstemal trifft sich die AG Umwelt am Freitag, den 26. Januar im »Café am Weidendamm« in der Eberswalder Schicklerstraße.

CHRISTIAN REHMER,

AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim

Kontakt und Infos: Christian Rehmer: 03334/387628 oder [Christian.Rehmer\[AT\]web.de](mailto:Christian.Rehmer[AT]web.de); www.dielinke-eberswalde.de

Gen-Konzern Märka 2006 ohne Kontrolle

Wie aus einer Antwort der Landesregierung (Landtagsdrucksache 4/3998) Ende 2006 hervorgeht, wurde der Eberswalder Konzern »Märka« im Jahr 2006 nicht kontrolliert. Das ist mehr als verwunderlich, denn Märka kauft nicht nur Bio-Getreide und konventionelle Erntepartien, sondern ist auch fleißig im Gen-Geschäft aktiv.

»Wie oft und von wem wurde in den letzten 24 Monaten die Trennung der Warenströme von konventionellem und transgenem Mais bei der Eberswalder Firma Märka kontrolliert?«, wollte die Landtagsabgeordnete Carolin Steinmetz-Mann (Linkspartei.PDS) wissen. Aus der Antwort geht hervor, daß das Landesamt für Ver-

braucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung als zuständige Behörde für die gentechnik- und futtermittelrechtliche Überwachung »Märka« zuletzt Ende 2005 überprüft hat. Da es dabei keine Beanstandungen gab, wurde anscheinend 2006 gar nichts kontrolliert, zumindest wird angeführt: »Weitergehende Erkenntnisse aus dem Jahr 2006 liegen nicht vor.«

Der Gen-Mais ist übrigens längst verdaut. »Der Landesregierung ist aus der zitierten Überwachungsaktion 2005 bekannt, daß der geerntete Bt-Mais komplett an ein Mischfutterwerk zur weiteren Verwertung als Futtermittel geliefert wurde.«

CHRISTIAN REHMER,

AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim

Gentechnikkonzern enteignet

Roberto Requiao, der konservative Gouverneur des südlichen brasilianischen Bundesstaates Parana hat »im Interesse der Öffentlichkeit« ein 120 ha großes Grundstück in Santa Tereza do Oeste, auf dem der Agrarmulti Syngenta gentechnische Experimente durchgeführt hatte, enteignet. Er will das Gelände jetzt in ein agro-ökologisches Ausbildungszentrum für Kleinbauern umwandeln.

Im März diesen Jahres, während der Internationalen Biodiversitäts-Konvention, in Paraná berühmter Hauptstadt Curitiba, hatten Mitglieder der Landlosen-Bewegung MST das Testgelände besetzt und verlangt, daß die Gentechniksoja, die Syngenta dort testete vernichtet wird. Mit Erfolg. Wahlkampfgerecht solidarisierten sich Requiao und die Umweltministerin Marina Silva mit den Landlosen. Die Umweltbehörde IBAMA brummte Syngenta eine Strafe von 1 Millionen Real (360.000 EUR) auf, weil der Test zu nah am Iguacu Nationalpark gelegen war und ordnete die Vernichtung der Gentech-Kulturen an.

Die Landlosen aber blieben mit ihren Familien auf dem Gelände und richteten sich dort bäuerlich ein. Anfang diesen Monats endlich hatte Syngenta einen höchstrichterlichen Räumungsbefehl erwirkt, um sie von dem Gelände der Firma zu vertreiben. Nachdem die Landlosen das Gelände geräumt hatten, schlug Requiao, mittlerweile wiedergewählt, zu und erklärte Syngenta die Enteignung zum Schutze der Umwelt vor Verschmutzungen aller Art.

Der populistische Haudegen ist bekannt für seine beinharte Gentechnik-Gegnerschaft in einem der wichtigsten Soja-Anbaugebiete des Landes. Es heißt, den Vertreter von Monsanto habe er bei einem ersten Annäherungsversuch eigenhändig mit der Faust aus dem Gouverneurspalast vertrieben. Bei der Welt-Konferenz im März verstörte er die Regierungsvertreter mit Kampfansagen gegen die »Multinationale Gentechnik-Mafia« und begeisterte die Umwelt- und Bauernverbände mit Brandreden für eine gerechte Landwirtschaft und Landverteilung und Großplakaten in Curitiba, auf denen eine grinsende Vogelscheuche »GMO go home« verkündete.

Sein Bruder leitet den größten Soja-Umschlagshafen, Paranagua, den er jahrelang zur no go zone für Monsanto's Roundup Reday Soja gemacht hatte. Anfang diesen Jahres verlor er allerdings die Auseinandersetzung mit Lulas Zentralregierung, die eine Öffnung des Hafens für Gentech-Soja erzwang.

Syngenta hat bisher weder die Strafe gezahlt, noch die Absicht, das Gelände aufzugeben, sondern zieht vor Gericht. Dort können sich die Dinge in Brasilien oft über Jahre hinziehen.

BENNY HAERLIN, via saveourseeds

Benny Haerlin, Jahrgang 57, befaßt sich schon länger mit Fragen der Gentechnik. Er arbeitet für die Zukunftsstiftung Landwirtschaft <http://www.zs-l.de/>; www.dnr.de/infoservice

Vorgeschichte

Die Gebiete am Horn von Afrika waren vermutlich schon im Altertum von den Stämmen der Somali besiedelt. Seit dem 3. Jahrtausend v.u.Z. schickten die ägyptischen Pharaonen Handelsschiffe in das »Weihrauchland« Punt, das von den Altertumsforschern in Nordsomalia verortet wird. Die ursprünglich matriarchal organisierten Sippen der Somalis übernahmen ab dem 7. Jahrhundert mit dem Islam patriarchalische Strukturen. An der spätgentilen/frühfeudalen Lebensweise der Clans änderte sich wenig. Die Somalis lebten als nomadische Viehzüchter in den Wüsten und Savannen im heutigen Somalia, Djibuti, der Ogadenregion Äthiopiens und in Nordkenia. Lediglich in Südsomalia, in der Region der Hafenstadt Kismaayo und am Fluß Shibeli bei der Hauptstadt Modagischu kann Ackerbau betrieben werden. Während die Handelsstädte an den Küsten nach- und nebeneinander unter die Kontrolle der Araber, der Portugiesen, der Türken und des Sultans von Sansibar gerieten, blieben die nomadischen Stämme der Somalis bis zum Ende des 19. Jahrhunderts weitgehend unabhängig. Die koloniale Aufteilung Afrikas machte dem ein Ende. Das somalische Gebiet wurde zwischen Frankreich (Djibuti), Großbritannien (Nord- und Südsomalia) und Italien (Ostsomalia) aufgeteilt. Nach dem mißlungenen Versuch Italiens zur Eroberung Äthiopiens, fielen die westsomalischen Gebiete der Region Ogaden an Äthiopien.

Die Teilung der Somalis bestand auch nach der Gründung eines unabhängigen Somalias im Jahr 1960 fort. Die Idee eines Großsomalias, zu dem auch die Ogadenregion gehören sollte, belastete von Anbeginn die Beziehungen Somalias zum äthiopischen Nachbarn. Der erste somalische Präsident Aden Abdullah Osman Daar verwickelte das Land von 1964 bis 1967 in einen Grenzkrieg mit dem damals prowestlichen Äthiopien. 1967 wurde Daar mit Hilfe der prowestlichen Fraktion in den sonst von sowjetischen Militärberatern ausgebildeten Streitkräften gestürzt. Aber schon zwei Jahre später wurde der neue Präsident Abdirashid Ali Shermarke im Oktober 1969 von einem Leibwächter ermordet. Daraufhin übernahmen prosovietische Militärs die Macht und machten Shermarkes Verteidigungsminister Siad Barré zum Präsidenten, der sich bis 1991 an der Macht hielt.

Barré ging zunächst enge Bindungen mit der Sowjetunion ein, die 1974 in einem Freundschaftsvertrag gipfelten. Somalia rüstete mit sowjetischer Hilfe auf, um seine außenpolitischen Ambitionen realisieren zu können. Diese zielten nach wie vor auf die von Somalis bewohnte Ogaden-Region im Osten Äthiopiens, wo Barré seit 1976 einen Aufstand unterstützte. In Äthiopien war aber inzwischen der prowestliche Kaiser Haile Selassie gestürzt worden. Die neue Führung unter Mengistu Haile Mariam näherte sich seit 1976 ebenfalls der So-

Der »Krieg gegen den Terror« in Somalia:

Kriegsziel wurde erreicht

von Gerd Markmann

Mit der Offensive äthiopischer Truppen erreichte der Krieg in Somalia zum Jahresende 2006 eine neue Stufe. Äthiopien, seit dem Sturz Mengistu Haile Mariams engster Verbündeter der USA in Nordostafrika, sieht den mit US-Zustimmung vollzogenen Einmarsch als Teil des »Krieges gegen den Terror«. Denn die zu Weihnachten erfolgte offizielle Kriegserklärung gilt der »Union islamischer Gerichte« (Union of Islamic Courts - UIC), die seit Anfang 2006 weite Teile Somalias unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Glaubt man den beschworenen Schreckensszenarien, handelt es sich bei der UIC um eine Art Ableger der Al Qaida, deren Milizionäre planen, bald mit umgeschallten Sprengstoffgürteln oder in gekaperten Flugzeugen in die Städte des Westens aufzubrechen. Mit den tatsächlichen Ursachen und Inhalten der Konflikte am Horn von Afrika hat diese Sichtweise allerdings wenig zu tun.

wjetunion an. Im November 1977 vollzog Barré den Bruch mit der Sowjetunion. Im Ogaden-Krieg von 1977/78 wurden die somalischen Truppen und ihre ogadischen Verbündeten aber nach anfänglichen Erfolgen von der äthiopischen Armee, die von kubanischen und südjemenitischen Soldaten sowie Beratern aus der Sowjetunion und der DDR unterstützt wurde, zurückgeschlagen. Zu einem Friedensvertrag zwischen Äthiopien und Somalia kam es jedoch erst zehn Jahre später. Wohl auch unter dem Eindruck, daß inzwischen in Nordsomalia eine Sezessionsbewegung aktiv war, die im Bündnis mit rebellierenden Clans Anfang 1991 die Herrschaft Siad Barrés beendeten.

Zerfall der Ökonomie

Der auf den Sturz Barrés folgende Zerfall des somalischen Staates kann nur vor dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung verstanden werden. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geriet die traditionelle Subsistenzwirtschaft der Somalis zunehmend unter die Räder einer vom kapitalistischen Weltmarkt diktierten Preisökonomie. Aufgrund begrenzter Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung waren und sind die viehzüchtenden Nomaden in Zentral- und Nordsomalia und die Kleinbauern im fruchtbaren Süden dieser Entwicklung weitgehend hilflos ausgeliefert. Letztere wurden durch eine rigide Landgesetzgebung von ihren Äckern auf weniger fruchtbare Anbauflächen verdrängt. Um ihr Leben zu fristen, waren sie zur parallelen Lohnarbeit auf den neu entstandenen landwirtschaftlichen Exportplantagen gezwungen. Die entstehende städtische Bourgeoisie erwarb das fruchtbare Weideland und verdrängte schließlich auch die Nomaden auf weniger ergiebige Weideflächen. Sinkende Exporterlöse aus dem Verkauf von Fleisch zwangen diese zudem zur Vergrößerung ihrer Viehherden. Bald entbrannte ein harter Konkurrenzkampf um Weideland und Wasser. Die Zerstörung ihrer Existenzgrundlage zwang viele Nomaden, sich neue Reproduktionsmöglichkeiten zu suchen und in die Städte abzuwandern. Der Anstieg der Einwohnerzahl von Mogadischu von 50.000 im Jahr 1960 auf über

eine Million bis Mitte 1980 gilt selbst für Afrika als einzigartig. Wie überall in der Durchsetzungsgeschichte der kapitalistischen Produktionsweise resultierten aus der Zerstörung der traditionellen Produktionsweise und der damit verbundenen anhaltenden Landflucht erhebliche soziale Verwerfungen. Der Versuch einer nachholenden kapitalistischen Modernisierung mußte unter den Konkurrenzbedingungen des globalisierten Spätkapitalismus weitgehend fehlschlagen. Solange mit Unterstützung der Supermächte der Staatsapparat weiter ausgebaut und über die Anstellung beim Staat die materielle Reproduktion eines großen Teils der Bevölkerung sichergestellt werden konnte, konnten die Widersprüche noch weitgehend eingedämmt werden. Siad Barré etablierte durch die Einbeziehung der traditionellen Sozialstrukturen in den Staatsapparat ein Netzwerk klientelistischer Beziehungen. Indem er möglichst Mitglieder aller Clanfamilien in den staatlichen Apparaten beschäftigte und damit staatliche Ressourcen breit verteilte, sicherte er sich einerseits seine Machtposition, konservierte aber andererseits das gesellschaftliche System der auf verwandtschaftlicher Basis organisierten Clans.

Weil seit Ende der 70er Jahre die Außenunterstützung schrittweise reduziert wurde und sich eigene Ressourcen nicht entsprechend entwickelten, verengten sich die Klientelstrukturen auf einen immer kleiner werdenden Kreis. In dem Maße, wie sich die Funktion des Staatsapparats als Umverteilungsinstanz schwächte, schwand Barrés Macht. Die Beschneidung des Patronagesystems erfolgte über den Ausschluß einzelner Clanfamilien, die dann zum Ausgangspunkt Widerstandes gegen das Barré-Regime wurden. Gegen die sich seit Anfang der 80er Jahre formierenden clanbasierten Aufstandsbewegungen an den Rändern des somalischen Staates ging Barré zunehmend restriktiv vor. Die Dynamik von Gewalt und Gegengewalt ließ Barrés Legitimität weiter schwinden. Bis 1988 entwickelten sich die Aufstände zum offenen Bürgerkrieg. Am Ende konnte Barré nicht einmal mehr seine Sicherheitsorganisationen bezahlen. Deren An-

gehörige schlossen sich den Aufständischen an oder organisierten sich in Banden, die ihr Kriegsgerät für raubkriminelle Aktivitäten privatisierten.

Zerfall des Staates

Nach dem Sturz Barrés im Januar 1991 konnte sich keine neue Zentralmacht etablieren. Vielmehr wurde deutlich, daß sich hinter dem Krieg gegen die repressive Herrschaft Barrés vor allem der Kampf um den Zugang zu staatlichen Ressourcen sowie zu den wenigen, an den Staat gebundenen, profitablen Produktionszweigen und Märkten verbarg. Die im Kampf gegen Barré vereinte Aufstandsbewegung zerbröselte sofort nach ihrem Sieg in ihre Bestandteile.

Im Mai 1991 erklärte sich der Norden als Somaliland einseitig für unabhängig. Seither ist dies die einzige Region Somalias, die in relativem Frieden lebt. Rest-Somalia zerfiel in umkämpfte Machtbereiche von Kriegsherren und deren meist auf Clan-Basis rekrutierten Milizen. Diese Warlords handeln jedoch nicht aus Verpflichtungen gegenüber ihrem Clan, sondern als rational kalkulierende, politische Unternehmer, die ohne den Schutz durch ein staatliches Gewaltmonopol ökonomische Vorteile nur mit Hilfe privater Gewaltanwendung realisieren können. Damit herrschen in den 90er Jahren in Somalia ähnliche Verhältnisse wie in Afghanistan, im Kongo, in Jugoslawien und in vielen anderen Regionen dieser Welt.

Neben dem Waffen- und Drogenschmuggel oder dem Handel mit Gütern der Auslands-Somalier in Übersee ist vor allem die Organisation der internationalen Hilfe zu einem lukrativen Geschäftszweig geworden. Internationale Hilfsorganisationen werden zur Abgabe von Schutzgeldern gezwungen, humanitäre Hilfslieferungen regelmäßig geplündert oder umgeleitet, das Personal der Organisationen entführt, um Lösegeld zu erpressen. Die Fähigkeit zur Anwendung von Gewalt wurde dabei selbst zur ökonomischen Ressource, und die sich herausbildende gewaltdominierte soziale Formation entsteht und reproduziert sich vor dem Hintergrund der ökonomischen Interessen und materiellen Überlebenskämpfe.

Ein großer Teil der Bevölkerung besitzt allerdings weder Zugang zu den abgeriegelten Gewaltmärkten, noch verfügt er - nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Plünderungen - über die Möglichkeit einer die Subsistenz deckenden Gebrauchsgüterproduktion. Für diese Menschen bricht nicht selten selbst die notdürftigste Versorgung zusammen.

Dies war bereits 1991/92 der Fall, als der neu entfachte Bürgerkrieg mit einer verheerenden Dürre zusammenfiel. 1992 waren fast 4,5 Millionen Menschen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung im Land, durch Hungertod, Unterernährung und Krankheiten bedroht. Insgesamt starben laut Schätzungen etwa 300.000 Menschen, darunter viele Kinder. Zwei Millionen Somalis waren auf der Flucht entweder in

Anliegerstaaten oder innerhalb des Landes. Die damalige UNO-Aktion konnte durch die Organisation von Hilfslieferungen damals die schlimmsten Auswirkungen etwas lindern. Nachdem unter dem Einfluß der USA die Ziele des UNO-Einsatzes geändert wurden und die UNO sich mittels »robustem Mandat«, an dem sich in ihrem ersten Auslandskriegeinsatz auch die Bundeswehr beteiligte, in eine Bürgerkriegspartei wandelte, endete die Mission allerdings in einem Desaster.

In der »Schlacht von Mogadischu« am 3./4. Oktober 1993 starben 18 US-Soldaten und ein malayischer UN-Soldat, 2 Black Hawk-Hubschrauber wurden abgeschossen und weitere beschädigt. Rund 1.000 Somalier kamen bei der Aktion ums Leben, darunter zahlreiche Zivilisten. Zum Einsatz kam auch Uran-Munition, die aufgrund ihrer erhöhten Durchschlagskraft noch in der zweiten und dritten Häuserreihe hinter dem eigentlichen Kampffeld die Wände durchschlug. Bis März 1995 zogen sich die letzten Blauhelmsoldaten zurück und Aidid erklärte sich zum Präsidenten Somalias, was den Bürgerkrieg allerdings keineswegs beendete. Obwohl bis zu 20.000 Soldaten unter dem UN-Banner zum Einsatz kamen, konnten die somalischen Milizen nicht besiegt werden.

Auch die äthiopische Intervention von 1996 bis 2002 änderte nichts an der Situation. Wobei möglicherweise gerade darin das Ziel der Einmischung bestand und besteht.

Status Quo gerettet

Bereits der äthiopische Einmarsch von 1996 wandte sich gegen die islamischen Milizen der Al Ittihad (Islamische Union). Anlaß war die Unterstützung der Ogaden-Rebellen durch Al Ittihad und der Vorwurf, daß diese Organisation 1995/96 mehrere Terroranschläge in Addis Abeba verübt habe. Als Ursache dürfte aber vor allem die Befürchtung eine Rolle gespielt haben, daß in Somalia eine äthiopienfeindliche Gruppierung an Macht gewinnen könnte. Die äthiopischen Truppen rieben die Ittihad-Milizen weitgehend auf und etablierten 1998 im Südwesten die »Republik Jubaland« und im Nordosten den Separatstaat »Puntland« mit dem Präsidenten Abdullahi Yusuf Ahmed an der Spitze.

Im August 2000 einigte sich ein Teil der Clans auf eine Übergangsregierung, die allerdings ihren Sitz in der kenianischen Hauptstadt Nairobi hatte, weil vor allem Äthiopien und die von Äthiopien abhängigen Kriegsherren die Übergangsregierung nicht anerkannten. Das änderte sich erst, als der inzwischen in Puntland abgesetzte Abdullahi Yusuf Ahmed 2004 neuer Präsident der Übergangsregierung wurde.

Im Jahr 2005 gewann eine neue politische Kraft in Somalia an Macht. Wie bereits die Al Ittihad, handelt es sich bei der Union islamischer Gerichte (UIC) vor allem um eine politische Sammlungsbewegung. Die einzelnen Gerichte sind voneinander unabhängige Einhei-

ten mit unterschiedlich strenger islamischer Rechtsauslegung. Die Union wurde von islamisch orientierten Geschäftsleuten (innerhalb und außerhalb Somalias), Milizenchefs, islamischen Geistlichen, lokalen Bürgermeistern und islamischen Rechtsgelehrten gegründet, um Gewalt und Clan-Fehden zurückzudrängen. Nach dem Verfall von Recht und Gesetz im somalischen Bürgerkrieg gelten im Machtbereich der UIC mit der islamischen Scharia erstmals wieder allgemein anerkannte Rechtsgrundsätze. Das soziale Engagement ist ein weiterer Grund für den Zulauf der UIC. Nachdem in im Januar 2006 nach einer Mißernte eine erneute Hungersnot drohte, gewann die UIC mit Unterstützung der Bevölkerung innerhalb weniger Monate weitgehend kampfflos die Kontrolle über weite Teile Somalias.

Die militärischen Kapazitäten der UIC scheinen eher bescheiden zu sein. Die Erfolge über die Warlords beruhten hauptsächlich auf der Unterstützung durch die Bevölkerung. Meist ließen es die Bürgerkriegsunternehmer nicht auf einen Kampf ankommen, bei dem sie neben den islamischen Milizen die ganze Bevölkerung gegen sich gehabt hätten.

Die militärische Wende brachte erst die Intervention der regulären Truppen Äthiopiens. Eine Lösung des Konflikts hingegen kaum. Die Milizen der UIC verzichteten darauf, sich in offener Feldschlacht massakrieren zu lassen. Die Ankündigung eines Guerilla-Kriegs gegen die Besatzer dürfte ernstzunehmen sein. Inzwischen besetzten die Warlords, die sich unter dem Dach der Übergangsregierung zusammengefunden hatten, im Gefolge der äthiopischen Interventionen ihre verlorengegangenen Claims. Das Kriegsziel ist erreicht. Für die Warlords, für die äthiopische Regierung, für deren Gönner in den USA und auch für die BRD, die jetzt Rüstungsbeihilfen für einen Somalia-Einsatz in Aussicht stellten. Der Status Quo ist wiederhergestellt. Der Status Quo des andauernden Bürgerkriegs.

Quellen:

- BAKONYI, JUTTA: »Die Ordnung der Ordnungslosigkeit«, IZ3W, Heft 260 (2002), S. 30-31
 HOLBERG, ANTON: »Somalias Parlament sucht einen Sitz«, Neues Deutschland, 16.01.2006
 LINDE, ALF: »US-Interventionsdrohung in Somalia«, Antimilitarismus Information 3/2002
 LOHOFF, ERNST: »Vom ideellen Gesamtkapitalisten zum realen Gesamtkriminellen. Der Fall Jugoslawien«, Krisis 14, 1994, auszugsweise in BBP 7/1999 - 3/2000
 MICHAELIS, BIRGIT: »Heilige Krieger und Milizen«, amnesty journal Oktober 2006
 RÜHL, BETTINA: »Die Kalaschnikow gehört zum Hausrat«, amnesty journal Juli/August 2002
 RÜHL, BETTINA: »Aufmarsch der Stellvertreter«, Deutschlandfunk,
 STEGNER, W.: »Somalia«, in »Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte«, VEB Bibliographisches Institut, Leipzig 1967
 de.wikipedia.org
 Jungle World, 28.11.2001
 www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56682
 www.politikerscreen.de
 www.welt.de

Grenzüberschreitendes Projekt an der Albert-Einstein-Oberschule

Weihnachtsstolle, Pfefferkuchenhäuser und eine Ehrung

Kurz vor Weihnachten 2006 war es für Liane Krause soweit. Ihre lange währenden Mühen wurden belohnt. Anlässlich des Weihnachtsmarktes im Brandenburgischen Viertel, der am 17. Dezember in den Räumen und auf dem Gelände der Albert-Einstein-Oberschule stattfand, konnte Schulleiter Günter Schumacher der jungen polnischen Frau die Urkunde für ihre ausgezeichnete Arbeit in der Schülerarbeitsgruppe Backen an der Einstein-Schule überreichen.

Liane Krause lebt mit ihrer Familie in Schwedt. Als Mutter von drei Kindern und Ausländerin ist es schwer, in der BRD beruflich Fuß zu fassen. Da ihr das Hausfrauendasein nicht genügt, engagiert sie sich aktiv in der deutsch-polnischen Freundschaftsgesellschaft. Durch die enge Zusammenarbeit der AG Backen der Einstein-Schule mit Partnervereinen beiderseits der Oder in Schwedt, Widuchowa und Krzywín bot sich für Liane die Chance, an der Eberswalder Schule am Projekt »Historische Hausbäckerei – Hefeteigherstellung, -führung und -verarbeitung« teilzunehmen. Die Vorsitzende des Vereins »Stary zagon« sagte: »Ich freue mich über diesen Abschluß, ist dieser doch der Beweis für die sich abzeichnende Zusammenarbeit in der Deutsch-Polnischen Freundschaftsgesellschaft.« Auch die Schulleitung der Albert-Einstein-Oberschule erwartet eine weitere Entwicklung der grenzüberschreitenden



Liane Krause präsentiert ihre neu erlernte Backkunst. Schulleiter Günter Schumacher und Bäckermeister Karl Diedrich gratulieren der jungen polnischen Frau für ihre erfolgreiche Teilnahme am Backkurs.

Zusammenarbeit der AG Backen und hofft auch auf eine rege Beteiligung der Menschen im Wohngebiet.

Liane will ihre erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten nutzen, um in Schwedt und bei den Partnern im benachbarten Polen ähnliche Projekte ins Leben zu rufen. Sie verspricht, die

Kontakte nach Eberswalde nicht abreißen zu lassen und dankte allen Beteiligten, Freunden und Förderern – vor allem der Deutsch-Polnischen Freundschaftsgesellschaft – für ihr Engagement zur Weiterbildung arbeitsloser Mütter aus Polen.

KARL DIEDRICH, Ing.-Bäckermeister

Daß gerade für die Entwicklung des ländlichen Raums Tourismus und Gesundheitswirtschaft noch ein großes Potenzial haben, ist keine neue Erkenntnis. Dagmar Enkelmann verwies darauf, daß beide Bereiche bundesweit deutliche Zuwachsraten verzeichnen. Laut Umfragen sind rund 20 Prozent der Bürger bereit, ihren Urlaub mit Gesundheitsanwendungen zu verbinden, 15 Prozent wollen Urlaub mit Kuranwendungen. Daraus ergeben sich für Brandenburg mit dem Ballungsraum Berlin, aber auch für den Barnim und die Uckermark große Chancen, sich zu Gesundheitsregionen zu entwickeln.

Die Schwerpunkte Wellness und Gesundheit habe es bei der Tourismusentwicklung vor acht Jahren noch nicht einmal gegeben, bemerkte Marketingleiter Jens Beuchler von der Tourismus-Marketing-Brandenburg. Im Spreewald, so die Brandenburger Landtagsabgeordnete Birgit Wöllert (DIE LINKE.), funktioniere die Verbindung zwischen den vorhandenen Kapazitäten wie Therme, Reha- und Freizeitangeboten bis weit in den Gesundheitsbereich gut. Entscheidend sei, diese Angebote über die Region hinaus bekannt zu machen. Dabei helfe auch ein Masterplan »Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg«. Ihrer Ansicht nach ist der Gesundheits- und Wellnessbereich auch sehr arbeitsintensiv. Das bedeute Arbeitsplätze. Dazu gehöre dann aber auch die entsprechende

Gesunde Erholung im Barnim?

Wie Gesundheitswirtschaft und Tourismus sich gegenseitig zum Nutzen der Region fördern können – darum ging es bei der 14. Tourismuskonferenz, zu der Dr. Dagmar Enkelmann (MdB) sowie Carsten Bockhardt (Wirtschaftsdezernent Landkreis Barnim) für den 7. Dezember eingeladen hatten. Veranstaltungsort war passenderweise das Evangelisch-Freikirchliche Krankenhaus und Herzzentrum Brandenburg in Bernau.

Qualifizierung. Angebote müßten schon in der Schule, aber auch bei Aus- und Weiterbildung stärker auf diesen Bereich ausgerichtet werden.

Vom Netzwerk Gesundheit und Kommunikation in der Barnimer Region berichtete Prof. Dr. Volker Mattausch, Geschäftsführer der Sport- und Gesundheitscenter Pro-Vital in Bernau. Gegenwärtig werden 98 Prozent der Gesundheitsausgaben für die Behandlung von Krankheiten ausgegeben und nur 2 Prozent für die Vorsorge. Eigentlich handelt es sich nicht um ein Gesundheits- sondern eher um ein Krankheitswesen, resümierte er. Wenn jemand seinen Urlaub nutzen will, um für seine Gesundheit etwas zu machen, dann sollte dies z.B. auch durch die Krankenkassen anerkannt und unterstützt werden, forderte Mattausch. Ziel sei es, innerhalb einer Region Infrastrukturen zu schaffen, also medizinische Kompetenzzentren, Hotels und touristische Leistungen zu verbinden sowie vorhandene Strukturen wie die WITO GmbH oder auch den TMB in der Region besser zu vermarkten.

Im Barnim, betonte Carsten Bockhardt, sei die Wirtschafts- und Tourismus GmbH sehr an einer engen Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen interessiert. Zusammen mit dem Netzwerk Gesundheits- und Wellness-tourismus habe man sich vorgenommen, Produkte mit Einmaligkeitscharakter für den Barnim zu entwickeln und zu vermarkten. Mit einer Anschubfinanzierung von 50 000 Euro unterstützt die Kreisverwaltung Barnim dieses Anliegen.

In der Region werde schon viel unternommen, um Gesundheit und Tourismus zu kombinieren, war man sich einig. Der Zusammenschluß der Unternehmen in Netzwerken oder Vereinen wäre wichtige Voraussetzung für die Kommunikation untereinander und die Entwicklung und Vermarktung von Produkten, die nur für den Barnim typisch sind. Manfred Berger vom VSR-Verlag nutzte die Gelegenheit, um sich bedanken. Denn der nunmehr vorliegende Reiseführer barrierefreies Brandenburg gehe auf eine Anregung der vorangegangenen Tourismuskonferenzen zurück. *B.M.*

Bürgerpost-Autoren 2006:

Rekord des Vorjahrs deutlich übertroffen

Die politische Krise in Eberswalde, die sich seit Jahren anbahnete, brach Anfang des Jahres 2006 offen aus. Die festgefahrenen Verhältnisse in Eberswalde, die vor allem auf einer gehörigen Portion Angst vor Veränderungen beruht, bedurften dafür des Anstoßes von außen. Selbst nach der Verurteilung des damaligen Bürgermeisters brauchte es seine Zeit, ehe eine Entwicklung in Gang kam, die schließlich zur Abwahl und Neuwahl des Eberswalder Bürgermeisters führte und Hoffnungen auf einen wirklichen Neuanfang in Eberswalde aufkeimen ließ. Wieviel von diesen Hoffnungen Realität wird, wird sich im Jahr 2007 zeigen, wobei sicherlich nichts im Selbstlauf passiert. Die Aktivität der Bürgerinnen und Bürger ist nun erst recht angesagt. Im kommenden Jahr wird auch verstärkt eine Rolle spielen, daß die politische Krise inzwischen auch auf der Ebene des Landkreises ausbricht.

Der Rückblick auf das Jahr 2006 sieht ein deutliches Anwachsen der politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten, bei weitem nicht nur im Zusammenhang mit der Bürgermeisterab- und -neuwahl. In der »Barnimer Bürgerpost« spiegelte sich das deutlich wider. Insgesamt beteiligten sich im vergangenen Jahr 123 Autorinnen und Autoren an der inhaltlichen Gestaltung unserer »unabhängigen Leserzeitung«. Damit ist der Rekord des Vorjahres nochmals deutlich übertroffen worden. Das fünfte Jahr in Folge 100 oder mehr Autorinnen und Autoren (2002: 100, 2003: 105, 2004: 100, 2005: 108). Unser Dank gilt:

Dr. Siegfried Adler, Martin Appel, Otto Baaz, Cornelia Behm, Silvia Bender, Hauke Benner, Thomas Berg, Kurt Berus, Anke Bielig, Carsten Bockhardt, Friedhelm Boginski, Helmut Braunschweig, Veronika Brodmann, Steffi Bugdahn, Ralf Christoffers, Prof. Dr. Johannes Creutziger, Katrin Dahms, Lothar Danner, DG1RMY, Martin Ehlers, Thomas Engel, Dr. Dagmar Enkelmann, Andreas Fennert, Ute Frey, Kurt Gempin, Søren-Ole Gemski, Hanns-Peter Giering, Thomas Gilles, René Gloede, Christian Gohlke, Franziska Göpfert, Benjamin Gorski, Alexander Götze, Ulrich Gräfe, Kerstin Greve, Eckhard Groll, Thorsten Haas, Kerstin Hansen und Lothar Semrau, Hann-Dieter Hartwig, R. Heenemann, Uwe Heinrich, Klaus Helm, Gerd Herrmann, Waldemar Hickel, Edith Hirschberger, Nadja Kalnitzkaja, Mathias Karkuschke, Maria Kausch, Thorsten Kleinteich, Holger Kliche, Birgit Klitzke, Sebastian Knopf, André Koch, Dr. Helmut Koch, Ingeborg Kolodzeike, Dieter Korte, Bernd Kuhne, Birgit Kühn, Veiko Kunkis, Lutz Kupitz, Karl-Dietrich Laffin, Günter Landmann, Josefine Leesch, Frank Lienau, Hartmut Lindner, Karin Littmann, Reimar Loose, Andy Losch, Margitta Mächtig, Johannes Madeja, Jürgen Klaus Meißner, Bärbel Mierau, Klaus Morgenstern, Jürgen Mortzfeld, Dieter Müller, Jan No-

ack, Kurt Nobst, Rainer Naumann, Martin Oberkinkhaus, Karen Oehler, Mariita Papenfuß, Volker Passoke, Nadine Peinelt, Dr. Stefan Peltsch, Dr. Manfred Pfaff, Dr. Ulrich Pofahl, Bernd Pomraenke, Christian Rehmer, Katja Resagk, Manuela Richter, Michael Richter, Rolf Richter, Wolfgang Sachse, Regine Satzer, Markus Schaefer, Dr. Heinz Schäfer, Franz Schandl, Uwe Schoknecht, Hartwin Schulzm, Günter Schumacher, Otto Schwabe, Hans-Günter Spangenberg, Dr. Günther Spangenberg, Peter Spangenberg, Kerstin Spengler, Cornelia Sprengel, Stefan Stahlbaum, Helmut Stark, Norbert Steeck, Dr. Andreas Steiner, Kordula Steinke, Ewa Stendel, Anita Tack, Dr. Rainer Thiel, Eberhard Thiele, Frank Töpfer, Albrecht Triller, Günter Vogler, Karl-Heinz Wenzlaff, Reinhard Wienke, Hein Zinke und Carsten Zinn.

Darüber hinaus kamen Organisationen wie die AfA Barnim, die AG Umwelt, Attac, die Barnimer Busgesellschaft, die Bürgerinitiative Garagen- und Erholungsgrundstücke, das Bündnis 3. Juni, Bündnis 90/Die Grünen Barnim, die Eberswalder Montagsdemo, der DGB Uckermark/Barnim, die DKP Barnim, das Energiesparkontor Barnim, Exil, die Freie ArbeiterInnen Union (FAU), der Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., die Lokale Agenda 21 Eberswalde, die Pressestelle der Stadt Eberswalde, Solid Bernau, die SPD Finow, Ver.di Uckermark/Barnim, die Versammlung sozialer Bewegungen und die WITO GmbH zu Wort.

Natürlich soll auch in diesem Jahr der Dank an all jene nicht fehlen, die durch ihre Mitarbeit bei der Produktion und dem Vertrieb sowie durch ihre finanziellen Spenden das Erscheinen der »Barnimer Bürgerpost« ermöglichen.

Inzwischen beginnt auch unsere Internetpräsentation zu funktionieren. Unser spezieller Dank gilt Karl Dietz, der für die BBP ein Wiki eingerichtet hat (<http://bbp.aki-stuttgart.de>), und Peter Spangenberg, der einen Teil seiner Verlags-Website (www.psverlag.de) für die Bürgerpost reservierte. Dorthin gelangt man derzeit auch, wenn die Seite www.barnimer-buergerpost.de angeklickt wird. Noch handelt es sich um Baustellen, aber es funktioniert. So steht nunmehr ein Teil der bisherigen Ausgaben der »Barnimer Bürgerpost« als PDF in einem Online-Archiv zur Verfügung.

Nach wie vor besteht auch die Möglichkeit, durch Teilnahme am BBP-Forum zusätzliche Informationen zu erhalten und über Beiträge in der »Bürgerpost« zu diskutieren (Anmeldung: bbp-forum-subscribe@yahoo.com).

Zuguterletzt unser alljährlicher Aufruf, die »Barnimer Bürgerpost« auch weiterhin mit Spenden und persönlicher Mithilfe als Autor, in der Redaktion oder beim Vertrieb zu unterstützen.

GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressegesez (BpgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1. Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2. Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3. Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht. Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt. Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4. Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5. Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

DIE NÄCHSTEN MONTAGSDEMOS IN EBERSWALDE

AM 22. JANUAR UND AM 6. FEBRUAR, BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Mühlenjahr 2006 und Ausblick 2007

Ein erfolgreiches Ausstellungsjahr geht für die Mühlenkünstler zu Ende. Der Verein »Die Mühle« e.V. hat z.Zt. 106 Mitglieder und zog auf seiner Mitgliederversammlung am 14. Dezember Bilanz über die Aktivitäten im Jahr 2006.

Im 15. Jubiläumsjahr waren die 6 Ausstellungen, die Straße der Mühlenkünstler im Mai 2006, die Mühlespielmeisterschaft am Pfingstmontag, die Malkurse und Führungen mit Reinhard Wienke, die Modenschau von Sabine Eggeling im August, die Versteigerung zum Ende der Ausstellungssaison und der 6. Weihnachtstkunstmarkt von ca. 3.500 Gästen besucht.

Werke der Mühlenkünstler waren auch in den Arztpraxen Goretzki und Rhötke, in der Villa Motz sowie im Börsencafé zu sehen. Und wie immer zierte die Pyramide der Holzwürmer die Sparkasse während der Adventszeit.

Für das Jahr 2007 gibt es wieder einen Mühlenkalender mit den Terminen der Ausstellungseröffnungen in der neuen Sommersaison. Wem es noch nicht gelungen ist, auf dem Weihnachtstkunstmarkt einen Kalender zu erstehen, dem sei der Tipp gegeben, daß Restexem-

plare noch im Weinkontor, beim Orthopäden Wassberg und bei der Juwelierin Lanowsky zu haben sind.

Vielen Dank sagen wir unseren Sponsoren CHORONA Immobilien GmbH, Fahrschule Bernd Krause, Forstapotheke Herrn Maskow, Goldschmiedin Inez Lanowsky, L. Dietze und Sohn Fördertechnik GmbH, Mariannes Blumenkorb, Marco Wolff Versicherungen, Orthopädie-schuhmacher W. Wassberg, Telta Citynetz GmbH, Weinkontor in der alten Ofenfabrik, Wiese Backwaren GdR und Medi Max Markt.

Aber auch die Künstler der Zaihammer Mühle haben im Jahr 2006 gespendet. Es wurden Kunstwerke zugunsten des Daches der Maria-Magdalenen-Kirche und für das Eberswalder Hospiz zur Verfügung gestellt.

Für das Jahr 2007 können sich die Mühleninteressierten wieder auf 5 Ausstellungen, die Mühlespielmeisterschaft am Pfingstmontag, die Straße der Mühlenkünstler am Tag des offenen Ateliers, die Versteigerung und den Weihnachtstkunstmarkt in der Zainhammer Mühle freuen.

VERONIKA BRODMANN

Dr. Hensch degradiert

Seit dem 1.1.2007 ist Dr. Bernd Hensch nicht mehr Leiter des Kulturbetriebes der Stadtverwaltung Eberswalde. Der Familiengarten untersteht bis auf weiteres dem Beigeordneten Uwe Birk. Der Zoo ist dem Dezernat II zugeordnet, das von Lutz Landmann geleitet wird. Bibliothek und Museum gehören zum Dezernat I von Bürgermeister Friedhelm Boginski.

Die Stadtverwaltung ist bemüht, Sauberkeit in der Stadt zu erreichen. Der Appell des Bürgermeisters richtet sich nochmals eindringlich an alle Einwohnerinnen und Einwohner mitzuhelfen, die Stadt sauber zu halten und ihrer Verantwortung als Eigentümer nachzukommen und die Pflichten, die sich aus der Straßenreinigungssatzung ergeben, einzuhalten.

Pressestelle der Stadt Eberswalde

Urlaubsjournal 2007

Eberswalde (wito). Das Urlaubsjournal 2007 ist ab sofort in den Touristinformationen Bernau, Wandlitz, Eberswalde, Groß Schönebeck, Joachimsthal und Blumberg erhältlich. Im Urlaubsjournal 2007 finden Sie das Gastgeberverzeichnis sowie weitere Ausflugs- und Erlebnisstips für das Jahr 2007. Sie können das Urlaubsjournal auch bei der WITO Barnim bestellen. Adresse: WITO Barnim, Alfred-Nobel-Str. 1, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334/59100, Fax: 03334/59337, eMail: tourismus-wito@barnim.de

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoo.com (für Abonnenten)
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: www.bar-blog.de, Tomaschek, Triller (3)
drucker: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351
redaktionschluss: 6. Januar 2007

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3.2.2007, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
 Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)